



**Fachbereich Sozialwissenschaften
Bachelorstudiengang Politikwissenschaft (HF)
Sommersemester 2009**

**Die Entwicklung der
Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)
unter deutsch-französischem Vorzeichen:
eine vergleichende Analyse
der deutschen und französischen Interessen.**

von

Stefanie Goeke

**Bachelorarbeit zur Erlangung
des akademischen Grades
Bachelor of Arts (B.A.)
in Politikwissenschaft**

Gutachter

Prof. Dr. Ulrike Liebert, Universität Bremen
Dr. Janna Wolff, Universität Bremen

Eingereicht von

Friedrichshafen, 8. September 2009

Stefanie Goeke
Matrikelnummer: 2064087

Parkallee 169
28213 Bremen

goeke@uni-bremen.de

Gliederung

| | | |
|-------|--|-------|
| 1. | Einleitung | 1-5 |
| 2. | Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) | 5 |
| 2.1 | Die Vorgeschichte der ESVP | 5-10 |
| 2.2 | Die Entstehung der ESVP | 10-14 |
| 2.3 | Der Charakter der ESVP | 14-16 |
| 3. | Deutschlands und Frankreichs gemeinsame Ziele in der ESVP | 16-18 |
| 4. | Die Ausgestaltung der ESVP durch Deutschland und Frankreich | 18 |
| 4.1 | Einsätze der EU | 19-20 |
| 4.2 | Gipfeltreffen zur Weiterentwicklung der ESVP | 20-23 |
| 4.3 | Politische Herausforderungen zwischen dem Vertrag von Nizza (2001) und dem Vertrag von Lissabon (2007) | 24-29 |
| 5. | Deutschlands und Frankreichs außen- und sicherheitspolitische Traditionen | 29 |
| 5.1 | Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Merkmale | 30-31 |
| 5.2 | Frankreichs außen- und sicherheitspolitische Merkmale | 31-35 |
| 6. | Deutschlands und Frankreichs konzeptionelle Vorstellungen der ESVP | 35 |
| 6.1 | Die politische Dimension der ESVP | 36 |
| 6.1.2 | Die Rolle der Europäischen Union in der Welt | 35-37 |
| 6.1.2 | Die Beziehung der Europäischen Union zur NATO | 37-39 |
| 6.2 | Die rechtliche Dimension der ESVP | 39 |
| 6.2.1 | Der Entscheidungsmodus innerhalb der ESVP | 39-40 |
| 6.2.2 | Die Übertragung von Kompetenzen auf die EU | 40-42 |

| | | |
|-----|---------------------------------------|-------|
| 6.3 | Die charakterliche Dimension der ESVP | 42-43 |
| 6.4 | Die geographische Dimension der ESVP | 43-46 |
| 7. | Schlussbetrachtung | 46-50 |
| | Literaturverzeichnis | 51-56 |
| | Eigenständigkeitserklärung | 57 |

1. Einleitung

Durch die Schaffung eines starken und handlungsfähigen Europas haben die europäischen Staaten die Möglichkeit zu einer nachhaltigen politischen Gestaltung des 21. Jahrhunderts. Im Zeitalter der Globalisierung und im Zuge einer durch Regionalkonflikte, Proliferation von Massenvernichtungswaffen und Terrorakte geprägten Welt erscheint es wichtig, als geeinter Akteur aufzutreten. Die Etablierung von Stabilität und Prosperität in Europa ist zu einem wesentlichen Faktor globaler Sicherheit geworden. Aus diesem Grund versucht die Europäische Union (EU), über die klassischen europäischen Politikfelder¹ hinaus, eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, um Frieden, Freiheit und Wohlstand weltweit exportieren zu können. (vgl. Chang 2007: 213, Gareis/Klein (u.a.) 2004: 7f) Mit der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) stellt die EU ihre außenpolitische Orientierung und ihre Motivation zu sicherheitspolitischer Zusammenarbeit einschließlich einer militärischen Komponente unter Beweis. (Kielmansegg 2005: 102) Dabei sind es allen voran Deutschland und Frankreich, welche die EU als gewichtigen Akteur im internationalen System fundieren möchten.

Wenn die ESVP nun ein unverzichtbares Kernanliegen der deutschen und französischen Nation darstellt, dann ist es entscheidend zu wissen, was die jeweiligen Interessen, Positionen und Politiken zum Aufbau der ESVP sind, aus welchen Gründen sie resultieren und wie sie sich unter bestimmten Umständen weiterentwickeln können. Bis jetzt gibt es jedoch kaum Studien, die diese Fragen systematisch analysieren. Der Großteil der Forschung über die ESVP richtet das Augenmerk auf ihre Entwicklung, ihre militärischen Fähigkeiten, ihre Operationen sowie ihre Beziehung zur NATO. Einige Aufsätze stellen die Beschreibung der deutschen und französischen Rolle beim Aufbau der ESVP und das Verhältnis dieser Staaten zur ESVP ins Zentrum der Betrachtung. (vgl. Chang 2007: 16) Eine systematische Gegenüberstellung der gemeinsamen deutsch-französischen Motive sowie der unterschiedlichen, deutschen und französischen Konzepte bezüglich der Entwicklung der ESVP ließ sich bei der Aufarbeitung des momentanen Forschungsstands jedoch nicht finden. Für eine ganzheitliche Betrachtung fehlt bisher die Verbindung zwischen der konzeptionellen Orientierung einerseits und der praktischen Umsetzung der ESVP andererseits.

¹ Die klassischen europäischen Politikfelder erstrecken sich vor allem auf ökonomische Bereiche und sind vergemeinschaftet (vgl. EG-Vertrag).

Ziel der vorliegenden, deskriptiv vergleichenden Arbeit ist es, alle entscheidenden Aspekte zu beleuchten und zusammenzuführen, um eine differenzierte Aussage über das Zusammenspiel Deutschlands und Frankreichs beim Aufbau und in der Weiterentwicklung der ESVP treffen zu können. Die zugrunde liegende Forschungsfrage lautet aus diesem Grund:

Welche Interessen verfolgen Deutschland und Frankreich bei der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und inwiefern können unterschiedliche Vorstellungen die deutsch-französische Rolle als Motor der ESVP bremsen?

Die Untersuchung der gestellten Frage ist insoweit von Relevanz, als dass Frankreich und Deutschland die weltweit am dichtesten institutionalisierten bilateralen Beziehungen führen. (Stahl 2006: 70) Dabei sind die deutsch-französischen Konsultationen und Kooperationen, etwa die halbjährlichen Gipfeltreffen des deutsch-französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrats, nicht nur für die beiden Nachbarländer sehr wichtig, sondern auch für die Entwicklung der EU von zentraler Bedeutung. Die enge Kooperation des *Couple franco-allemand* führte oftmals zu neuen europäischen Projekten oder einer Vertiefung des Integrationsprozesses. (Woyke 2000: 19) Substantielle und die Integration verdichtende Reformen und Impulse sind von den beiden Nachbarländern ausgegangen (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 115) Im Mai 1950 legte der französische Außenminister Robert Schuman in Anlehnung an die Ideen von Jean Monnet den Grundstein für die Entstehung der EU. Ziel des Schuman-Plans war es, den häufigen Konflikten in Europa ein Ende zu bereiten und einen dauerhaften und stabilen Frieden zu etablieren. Durch eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit, für die sich auch der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer aussprach, sollte Europa wirtschaftlich und politisch geeint werden. Im Rahmen der Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, EGKS) bekannten sich Frankreich, Deutschland, Italien und die BeNeLux-Staaten dazu, ihre Kohle- und Stahlindustrie nicht zu Kriegszwecken gegeneinander einzusetzen. (Auswärtiges Amt/ Ministère des Affaires étrangères 2009 b)) Die Vereinigung der europäischen Staaten begann demnach unter französischer Schirmherrschaft und kann als Initiative für den Frieden in Europa gewertet werden. Auch die Römischen Verträge von 1957, mit denen die Europäische Gemeinschaft (EG) als Vorläufer der Europäischen Union gegründet

wurde, entsprangen dem starken Kooperationswillen Deutschlands und Frankreichs. Die europäische Einigung war ein Hauptanliegen beider Staaten und so konnten über Jahrzehnte hinweg wichtige Etappen der europäischen Integration durch den Schulterschluss des deutsch-französischen Tandems inspiriert und umgesetzt werden. Auf Initiative von Helmut Schmidt und Valéry Giscard d'Estaing wurde 1974 die Institutionalisierung der bisherigen unregelmäßigen Gipfeltreffen der Mitgliedstaaten in der neu geschaffenen Institution des Europäischen Rats vorgenommen. Fünf Jahre später erfolgte die erste Wahl zum Europäischen Parlament (EP), welches für die demokratische Legitimierung der EU von entscheidender Bedeutung ist. Beide Politiker trugen durch ihren Vorschlag eines Europäischen Währungssystems (EWS) dazu bei, dass die Bereitschaft der Mitgliedsstaaten, in der Währungspolitik zusammenzuarbeiten, wuchs.² Auf Impuls von Helmut Kohl und François Mitterrand erfolgte die Unterzeichnung des Schengener Abkommens (1985), welches den Abbau von Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen vorsah, sowie die vertragliche Etablierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Unionsbürgerschaft im Vertrag von Maastricht (1992). Auch die Verwirklichung des Europäischen Binnenmarktes als gemeinsamen Wirtschaftsraum auf Grundlage der vier Freiheiten im Jahr 1993 geht auf die Bemühungen Kohls und Mitterrands zurück. (Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009 a)) Die Ausarbeitung des Europäischen Verfassungsvertrags (EVV), die Osterweiterung der EU 2004 und 2007 oder die Lancierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sind weitere wichtige Projekte, die durch die deutsch-französische Zusammenarbeit unter Gerhard Schröder und Jacques Chirac wie auch unter Angela Merkel und Nicolas Sarkozy maßgeblich vorangetrieben wurden.

Es lässt sich also festhalten, dass sowohl die Gründungsväter als auch die nachfolgenden Architekten der Europäischen Union vor dem Hintergrund intensiver bilateraler Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich gehandelt haben. Das Entstehen für gemeinsame Interessen war dabei eine unverzichtbare Bedingung für den Aufbau der Europäischen Union. Aus diesem Grund sprechen einige Autoren von

² Die 3-Stufen-Entwicklung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU: 1990, 1994, 1999) endete mit der Einführung des Euro als europäischer Gemeinschaftswährung im Jahr 2002 unter Gerhard Schröder und Jacques Chirac. (Bundeszentrale für Politische Bildung 2005, URL:http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=B1FRU2 (Stand: 10.2.09))

Deutschland und Frankreich als „Motor“ der EU-Integration³. (vgl. Gareis 2006, Müller-Brandeck-Bocquet 2004, Stahl 2006, Woyke 2000) Da dem deutsch-französischen Tandem ein solch großes Gewicht in der EU zugemessen wird und die ESVP - als Teil der Europäischen Union - von Deutschland und Frankreich als besonderes außenpolitisches Anliegen betrachtet wird, kann dieser Sachverhalt durchaus auch auf die ESVP übertragen werden. Dies führt zu der These, dass Deutschland und Frankreich auch im Rahmen der ESVP die Rolle eines Motors einnehmen, indem sie sich für die Weiterentwicklung der ESVP einsetzen. (vgl. Stahl 2006: 99)

Es gilt jedoch zu bedenken, dass die europäische Integration unter deutsch-französischem Einfluss nicht reibungslos verlief. Vielmehr wechselten dynamische Reform-Phasen mit Krisen und Stagnationsperioden ab. So legte beispielsweise 1963 und 1973 de Gaulle sein Veto ein, um eine Aufnahme Großbritanniens in die EG zu vermeiden⁴. (Stahl 2006: 63f) Die „Politik des leeren Stuhls“ führte 1965/66 zu einer schweren Krise der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zu einem vorübergehenden Stillstand der Verhandlungen im Bereich der Agrarpolitik. (Weinlein 2006) Erst durch Zugeständnisse und Kompromisse konnten weiterführende Wege eingeschlagen werden. So wurde beispielsweise im „Luxemburger Kompromiss“ 1966 vereinbart, dass kein Mehrheitsbeschluss die „vitalen Interessen“ der Nationalstaaten verletzen darf. (Stahl 2006: 64) Das *Couple franco-allemand* kann in diesem Zusammenhang als stotternder Integrationsmotor aufgefasst werden. (Gareis 2006: 98) Und somit ist anzunehmen, dass sich die ESVP unter dem Einfluss des deutsch-französischen Tandems auch nicht ohne Schwierigkeiten verwirklichen lässt.

In der nachfolgenden Arbeit soll nun untersucht werden, welche Fortschritte die deutsch-französische Zusammenarbeit in der ESVP erzielen kann, welchen Herausforderungen sich das deutsch-französische Tandem stellen muss und welche Schwierigkeiten es zu überwinden gilt. Um den derzeitigen Status quo der ESVP und den Beitrag des *Couple franco-allemand* im Sinne der zugrunde liegenden Fragestellung präzise einschätzen und bewerten zu können, wird zunächst eine grundlegende Einführung in die ESVP den Einstieg in die Thematik erleichtern. Es erfolgt ein Überblick über die der ESVP vorangegangenen Entwicklungen im Bereich

³ Vgl. u.a. „In der Währungspolitik ist der deutsch-französische Motor wegen seiner vielen bilateralen Initiativen, die letztlich auf eine Vergemeinschaftung der Geldpolitik hinausgelaufen sind, besonders offensichtlich.“ (Stahl 2006: 65)

⁴ Unter Georges Pompidou wurde Großbritannien 1973 in die EWG aufgenommen. (Stahl 2006: 63f)

der internationalen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die schließlich zur Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geführt und deren Wesen entscheidend geprägt haben. Im folgenden Passus wird die gemeinsame Interessenlage Deutschlands und Frankreichs festgehalten, welche zur bisherigen praktischen Ausgestaltung der ESVP, etwa verschiedenen EU-Friedensmissionen oder gemeinsamen Treffen der Staats- und Regierungschefs, beigetragen hat. Dabei wird auch der Schulterschluss des deutsch-französischen Tandems bei ausgewählten, politisch sensiblen Themen auf europäischer und internationaler Ebene beleuchtet. In einem anschließenden Zwischenfazit gilt es, die gemeinsame Position Deutschlands und Frankreichs bezogen auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik kritisch zu reflektieren und auf die unterschiedlichen programmatischen Vorstellungen beider Staaten einzugehen. Dabei dienen die differierenden nationalstaatlichen außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Präferenzen beider EU-Mitglieder als Grundlage für einen Vergleich zwischen den deutschen Ideen und den französischen Konzeptionen der ESVP. Beleuchtet werden im Einzelnen die politische, rechtliche und geographische Perspektive sowie die inhaltliche Orientierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Im nachstehenden Fazit wird eine Gegenüberstellung der übereinstimmenden und konträren Standpunkte des deutsch-französischen Tandems in Bezug auf die bisherige und künftige Entwicklung der ESVP vorgenommen. In Anlehnung an das Bild des deutsch-französischen Integrationsmotors soll ein neues Verständnis für die Zusammenarbeit Deutschlands und Frankreichs im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geschaffen werden.

2. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP)

2.1 Die Vorgeschichte der ESVP

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik resultiert aus verschiedenen, ihr vorausgegangenen Bemühungen, die Außenpolitik der europäischen Staaten zu koordinieren, um von einer stabilen politischen Lage und Erwartungssicherheit hinsichtlich des Verhaltens der jeweiligen Nachbarstaaten profitieren zu können. Da Deutschland in den Nachkriegsjahren durch die vier Besatzungsmächte USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion fremdbestimmt blieb, war es zunächst

Frankreich, welches versuchte, ein dauerhaftes Friedens- und Sicherheitskonzept in Europa zu verwirklichen.

Im März 1948 erfolgte die Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags, der 1954 zur Gründung der Westunion führte. Der von Frankreich und Großbritannien initiierte Zusammenschluss westeuropäischer Staaten wurde durch die Angst vor einem bewaffneten Angriff in Europa begründet. Die Schaffung eines kollektiven Verteidigungsbündnisses galt als Präventionsmaßnahme gegen eine mögliche Aggression von Seiten Deutschlands sowie der Sowjetunion. (Litten 2005: 3-6) Im April 1949 erfolgte die Gründung der NATO (Nordatlantikvertrag-Organisation) aufgrund des Wunschs nach Einbeziehung der USA in westeuropäische Belange. (Litten 2005: 6f) Mit der Etablierung der NATO als westeuropäischem Verteidigungsbündnis verlor der Brüsseler Pakt an Bedeutung. Zugleich wurden die Weichen für eine US-amerikanische Dominanz in Fragen der europäischen Sicherheit und Verteidigung gestellt. (Chang 2007: 44) Obwohl Frankreich zu den Gründungsmitgliedern der NATO gehört, ist das Verhältnis der *Grande Nation* zur NATO und den USA durch zahlreiche Spannungen gekennzeichnet.⁵ Mit einer geschwächten Westunion sowie einer weitgehend durch die USA gesteuerten NATO sah Frankreich seine Sicherheitsinteressen in Europa jedoch nicht verwirklicht. Im Jahre 1950 präsentierte der damalige französische Premierminister René Pleven im gleichnamigen Pleven-Plan die Einführung eines rein europäischen Verteidigungsbündnisses. Zwei Jahre später erfolgte die Unterzeichnung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch Frankreich, Deutschland und andere Brüsseler Vertragsstaaten. (Litten 2005: 9) Dabei verfolgte Frankreich vorrangig das Ziel der

⁵ Nach zahlreichen Krisen und Differenzen über die Rolle der europäischen Staaten in der NATO sowie Auseinandersetzungen über die NATO-Strategie kündigte Frankreich am 1. Juli 1966 teilweise seine Mitgliedschaft in der NATO auf und war lange Zeit nicht mehr in deren Militärstrukturen integriert. Seit Ende der Jugoslawien-Krise 1995 nimmt Frankreich wieder an den Sitzungen des Verteidigungsministerrats und Militärausschusses teil (France Diplomatie 2008, http://www.diplomatie.gouv.fr/en/france-priorities_1/international-organizations_1100/international-organization-in-europe_2482/north-atlantic-treaty-organization-nato_2095/organization-and-mission_5301/france-position-in-nato_8219.html (Stand: 10.2.09)) und ist seit dem NATO-Gipfel im April 2009 auch wieder in die militärischen Kommandostrukturen zurückgekehrt und somit erneut vollständiges Mitglied der NATO. (Auswärtiges Amt 2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/InternatOrgane/NATO/090401-NATO-Gipfel-Ankuend.navCtx=283642.html> (Stand: 2.9.09)) Die Entwicklung Frankreichs zur Atomstreitmacht (*force de frappe*) sowie der partielle Austritt aus der NATO in den 1960er Jahren haben die amerikanisch-französischen Beziehungen stark belastet und sind bis heute prägend für das Verhältnis zwischen den beiden Staaten. (Nünlist 2006) Dieser Sachverhalt wird im Verlauf der vorliegenden Bachelorthesis noch von entscheidender Bedeutung für die ESVP sein.

Förderung der europäischen Integration sowie die Befriedigung eigener Sicherheitsbedürfnisse.⁶ (Chang 2007: 45)

Ab 1955 begann Deutschland, eine eigene Identität im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufzubauen. So wurde die Integration in bestehende Bündnisse genutzt, um die volle Souveränität der deutschen Nation zurück zu gewinnen. (Chang 2007: 45) Die Bundesrepublik trat der NATO als vollwertiges Mitglied bei und wurde in die durch den Brüsseler Pakt modifizierte Westunion – seither Westeuropäische Union (WEU) - aufgenommen. (Chang 2007: 46) Im Zeitraum von 1955 bis 1973 war die WEU äußerst aktiv. Sie kontrollierte die Rüstungsproduktion auf europäischem Gebiet, lockerte das durch den Zweiten Weltkrieg angespannte Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich und bot ein Diskussionsforum für die Erweiterung der EG (Europäische Gemeinschaft). (Litten 2005: 12) Da die sicherheits- und verteidigungspolitischen Angelegenheiten jedoch ausschließlich der NATO vorbehalten waren, (Chang 2007: 47) blieb die WEU in diesem Punkt im Schatten der NATO zurück. (Fritsch 2006: 3) Im Zuge des Amtsantritts Charles de Gaulles 1958 verfolgte die französische Regierung das Ziel, ein von den USA unabhängiges und unter Frankreichs Führung vereintes Europa zu gestalten. Frankreichs Rolle in der Welt sollte durch die Kraft eines „Europa der Vaterländer“ gestärkt werden. (Lenz 2003: 3f) Vor diesem Hintergrund legte die französische Regierung 1961 und 1962 die Fouchet-Pläne über eine „Union der Europäischen Völker“ vor, welche jedoch aufgrund der auf die NATO ausgerichteten bündnispolitischen Interessen vieler europäischer Staaten und der Furcht der kleinen Länder - vor allem der Niederlande - vor einer deutsch-französischen Hegemonie in Europa scheiterten. (Chang 2007: 47f)

Im Januar 1963 unterzeichneten Frankreich und die Bundesrepublik den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag (Elysée-Vertrag). Dieser sah ähnlich wie die Fouchet-Pläne besondere Formen der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Konsultation in der Verteidigungspolitik vor. Die Institutionalisierung von Kooperation und Koordinierung in sicherheits- und verteidigungspolitischen Belangen sollte sich positiv auf die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit auswirken und auch für den Aufbau gemeinsamer europäischer Strukturen von Vorteil sein. (Chang 2007: 48) Dementsprechende Bestrebungen nach Harmonisierung der europäischen

⁶ Auf Druck der USA war die französische Regierung jedoch gezwungen, schmerzliche Zugeständnisse hinsichtlich militärischer und politischer Autonomie zu machen, sodass das Inkrafttreten der EVG schließlich unter anderem an der ablehnenden Haltung der französischen Nationalversammlung, die um den machtpolitischen Einfluss ihres Landes bangte, scheiterte. (Chang 2006: 45f)

Außenpolitik im Bereich Sicherheit und Verteidigung – zum Beispiel die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ 1969), die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE 1973), die misslungene Genscher-Colombo-Initiative (1981) oder die Einheitliche Europäische Akte (EEA 1987) – zeugen von Deutschlands und Frankreichs Willen, Europa sicherheits- und verteidigungspolitisch zu stärken und zu vereinen. (Chang 2007: 48ff, Litten 2005: 23)

Die weltpolitischen Umbrüche 1989 und 1990 veränderten die außen- und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa. Die sicherheitspolitischen Ambitionen der USA in Westeuropa relativierten sich. Die EG sah sich einem zunehmenden wirtschaftlichen Machtzuwachs gegenüber und wurde zu einem zunehmend wichtigen Akteur im weltpolitischen Geschehen. Vor allem für die Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten wurde die EG zu einer zentralen Referenzinstanz und einem Stabilitätsanker. Ihr wurde mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik zuteil. (Chang 2007: 52) Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus europäischen Angelegenheiten sowie die Aufwertung der außenpolitischen Dimension der EG führten schließlich zu einem gemeinsamen europäischen Statement bezüglich außenpolitischer Fragen. Auf Initiative Frankreichs und Deutschlands und nach einem langen und schwierigen Ratifizierungsprozess trat am 1. November 1993 mit dem „Vertrag über die Europäische Union“ (Vertrag von Maastricht), die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ins Leben. (Chang 2007: 53f) Deutliche Unterschiede zu vorangegangenen Bemühungen waren die Festschreibung substantieller Ziele und die engen institutionellen Verknüpfungen bei der Formulierung einer auf die EG-Staaten zugeschnittenen Außen- und Sicherheitspolitik. (Chang 2007: 54) Eine militärische Komponente war der GASP jedoch nicht explizit inhärent. So forderte in den 1990er Jahren der französische Staatspräsident François Mitterrand die Reaktivierung der WEU, um sie als militärischen Arm der EU nutzbar zu machen. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 113). Da der EU aufgrund verschiedener Kontroversen⁷ keine eigenen verteidigungspolitischen Instrumente übertragen wurden, sollte die WEU Entscheidungen und Aktionen der EU mit verteidigungspolitischen Bezügen ausarbeiten und durchführen. (Chang 2007: 55) Der WEU wurde die Aufgabe der Schaffung einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI)

⁷ Vgl. in diesem Kontext die unter 6.3 angeführten Differenzen zwischen Deutschland und Frankreich im Bereich der zivilen beziehungsweise militärischen Ausrichtung der ESVP.

übertragen. (Litten 2005: 36) Diese sollte sich auf Wunsch der USA innerhalb der NATO entwickeln und die Zusammenarbeit mit der NATO intensivieren. (Chang 2007: 59, 68) Ihren Ausdruck fand die ESVI im Eurokorps⁸, das von Deutschland initiiert wurde. Aus deutscher Perspektive diene das Eurokorps dazu, eine Re-Nationalisierung in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu verhindern. (Woyke 2000: 151) Aus französischer Perspektive diene die Aufstellung des Eurokorps eindeutig der Zielsetzung, die EU via WEU militärisch autonom handlungsfähig zu machen⁹. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 137) Die ESVI wurde von Frankreich zwar als einzig realistische Möglichkeit akzeptiert, stellte jedoch keine befriedigende Lösung dar, weil zu viele Zugeständnisse an die Vorstellungen der Amerikaner gemacht werden mussten. (Kielmansegg 2005: 92)

Um die militärischen Operationstypen der EU zu katalogisieren, wurden die seit 1992 bei der WEU verankerten Petersberg-Aufgaben¹⁰ herangezogen. (Brok 2002: 51) Mit dem Vertrag von Amsterdam 1997 wurden sie schließlich auch im Rahmen der EU institutionalisiert. Durch die Übertragung der Petersberg-Aufgaben auf die Europäische Union erfuhr das Handlungsfeld der EU eine erhebliche Erweiterung und wurde mit einer operativen Komponente ausgestattet. (Kleine 2005: 104) Frankreich interpretierte diesen Schritt als theoretische Gleichstellung der WEU mit der NATO und begrüßte die Ausdehnung des EU-Aufgabenspektrums auf militärische Aspekte. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 180)

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass Deutschland und Frankreich im Ansatz schon immer die Bereitschaft gezeigt haben, in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene zusammenarbeiten und kooperieren zu wollen. Weiterreichende Vorstöße zugunsten einer Europäischen Sicherheits- und

⁸ Das Eurokorps wurde im Jahre 1992 beschlossen und 1993 offiziell geschaffen. Es setzt sich aus Truppenkontingenten zusammen, die zu verschiedenen Zwecken im Rahmen der NATO und/oder WEU und unter dem Kommando der WEU eingesetzt werden können (vgl. Konzept der Combined Joint Task Force (CJTF)). (Kleine 2005: 33)

⁹ Das Eurocorps sollte beispielsweise die Aufstellung einer multinationalen Eingreiftruppe für Krisen- und Konfliktbewältigungseinsätze in Afrika vorsehen (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 137) und somit explizit den weltpolitischen Interessen Frankreichs gerecht werden.

¹⁰ Die Petersberg-Aufgaben stellen eine allgemeine Auflistung der wichtigsten militärischen EU-Operationstypen dar. (Kielmansegg 2005: 248) Sie umfassen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben und Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung sowie Frieden schaffende Maßnahmen. (Sinjen/Varwick 2005: 34) Auch die Terrorismusbekämpfung ist eingeschlossen. Die territoriale Selbstverteidigung dagegen wird von NATO- bzw. WEU-Klauseln erfasst. (Kielmansegg 2005: 248)

Verteidigungspolitik waren im deutsch-französischen Tandem jedoch lange nicht zu erreichen.

Deutschland war nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in der Lage, eine eigene Interessenpolitik in Sicherheits- und Verteidigungsfragen zu entwickeln und durchzusetzen. Die europäisch orientierte WEU war der amerikanisch orientierten NATO unterlegen. Frankreichs Versuche, seine nationalen und europäischen Interessen durchzusetzen, scheiterten wiederholt an unerwünschten, aber unvermeidbaren Zugeständnissen an die amerikanische Regierung. Die Angst kleinerer Staaten vor einer deutsch-französischen Dominanz in Europa sowie die Orientierung an der NATO verhinderten zudem eine gemeinsame Politikgestaltung in Sicherheits- und Verteidigungsbelangen bis in die 1990er Jahre.

Dagegen kann Deutschlands Emanzipierung von den vier Besatzungsmächten, die Rückgewinnung nationaler Souveränität sowie die Beteiligung an verschiedenen europäischen Vertragswerken als Wunsch und Bedürfnis gedeutet werden, Europa mit einer von allen Mitgliedstaaten geteilten Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszustatten. Die andauernden Vorbehalte Frankreichs bezüglich des US-amerikanischen Engagements in Europa können ebenfalls als Wille zu einer explizit europäischen Lösung in sicherheits- und verteidigungspolitischen Gesichtspunkten verstanden werden.

2.2 Die Entstehung der ESVP

Neben den bereits erläuterten Schwierigkeiten, eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik für Europa zu schaffen und zu etablieren, bestanden hinsichtlich des Umgangs mit militärischer Macht und des Einsatzes militärischer Mittel Unstimmigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich. Wegen der deutschen Zögerlichkeiten im Umgang mit militärischer Macht näherte sich Frankreich Ende der 1990er Jahre an Großbritannien an. Großbritannien seinerseits fand in Frankreich einen geeigneten Partner, um seiner damals schwachen und isolierten europapolitischen Position entgegenzuwirken und um auf den europäischen Misserfolg in Ex-Jugoslawien, vor allem während der Kosovo-Krise¹¹, mit einer neuen europäischen Politik zur

¹¹ Frankreich und Deutschland haben den Konflikt in Jugoslawien (Zerfall der Föderation 1990-1992) völlig unterschiedlich aufgefasst und beurteilt, was sich in konträren Reaktionen manifestierte und wodurch jegliche gemeinsame Aktion auf europäischer Ebene unmöglich erschien. Während Frankreich

Krisenbewältigung zu reagieren. Auf dem britisch-französischen Gipfeltreffen von St. Malo in Frankreich im Dezember 1998 gaben Tony Blair und Jacques Chirac eine „Erklärung über die europäische Verteidigung“¹² bekannt, welche als Geburtsstunde der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) angesehen wird. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 205)

Mit der doppelten Präsidentschaft in EU und WEU im ersten Halbjahr 1999 spielte die Bundesrepublik eine entscheidende Rolle bei der Realisierung der ESVP¹³. Die deutsche Präsidentschaft war maßgeblich daran beteiligt, die ursprünglich bilaterale Initiative von St. Malo in eine europäische Wirklichkeit zu verwandeln und die Europäische Verteidigungsidentität unter NATO-Vorbehalt in eine Europäische Verteidigungspolitik unter Vorbehalt der EU zu transformieren. (Chang 2007: 69, Fritsch 2006: 6)

Für Frankreich war der Anschluss Deutschlands an das Projekt eines sicherheits- und verteidigungspolitisch starken Europa von großer Wichtigkeit. Denn Deutschland wurde im Gegensatz zum eher Europa-kritischen Großbritannien als verlässlicherer Nachbar und durch den Elysee-Vertrag bereits vertrauter Partner favorisiert. Zudem sah Frankreich in der Einführung der ESVP eine außenpolitische Präferenz verwirklicht: Die durch den Zweiten Weltkrieg entstandene transatlantische Bindung und Orientierung der Bundesrepublik wurde durch ein neues, rein europäisches Konzept relativiert. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 206)

Nach St. Malo wurden in nur fünf Jahren institutionelle Einrichtungen und Einsatzfähigkeiten zur zivilen und militärischen Krisenbewältigung entwickelt. (Chang 2007: 69) Die Etablierung der ESVP erfolgte auf dem Europäischen Rat von Köln im Juli 1999. Dort nahmen die Staats- und Regierungschefs eine „Erklärung zur Stärkung

die Einheit der jugoslawischen Föderation gewahrt wissen wollte und Sezessionen als gefährlich einstufte, sah Deutschland im Verhalten Serbiens die Ursache für den Konflikt auf dem Balkan und erkannte als erster europäischer Staat die Unabhängigkeit Sloweniens und Kroatiens an. Weitere Misserfolge folgten durch eine europäische Politik der Neutralität und des militärischen Nichteingreifens im Bosnienkrieg (1992-1995) und während der Kosovokrise (1996-1999), wo sämtliche Schlichtungsversuche und friedliche Lösungen erneut scheiterten. Das Versagen der europäischen Staaten erforderte schließlich eine Intervention der Vereinigten Staaten. (Diot, Claire 2003; Krisenmanagement im ehemaligen Jugoslawien: Frankreich, Deutschland und die Europäische Union in der Bewährungsprobe; In: Harth, Thilo/Schild, Joachim; Nationalstaaten in der EU – Identität und Handlungsmöglichkeiten. Eine deutsch-französische Zukunftswerkstatt für die politische Bildung; Opladen: Leske + Budrich; S.67-81)

¹² British-French summit, St. Malo 1998; Joint declaration on European defence; URL:<http://aei.pitt.edu/508/02/chai47e.pdf> (Stand: 21.1.09)

¹³ Nach dem politischen Wechsel in Deutschland 1998 zeigte sich die Regierung (SPD und Bündnis'90/Grüne) in größerem Maße als ihre Vorgänger bereit, die Ausgestaltung der ESVP mit zu tragen und sich an entsprechenden Maßnahmen zu beteiligen. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 206)

der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ an. Die EU sollte auf internationaler Ebene effektiv auftreten sowie mit den dafür notwendigen Mitteln und Fähigkeiten betraut werden. (Bundesregierung 2004: 10) Neben dem Ausbau der militärischen Fähigkeiten der EU wurde auch die von Deutschland lange favorisierte Übertragung wesentlicher Funktionen der WEU auf die EU institutionalisiert. (Rinke 2006: 294) Trotz zahlreicher unterschiedlicher Vorstellungen hatten die EU-Mitgliedsstaaten beim Kölner Gipfeltreffen nach vielen gescheiterten Initiativen in den vorangegangenen Jahren zum ersten Mal im breiten Konsens die Entwicklung einer autonom handlungsfähigen Europäischen Union beschlossen. Diese sollte auf internationaler Ebene eine aktive Rolle in der Prägung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Diskursen spielen und mehr internationale Verantwortung sowie eine damit verbundene Einsatzfähigkeit in Krisensituationen übernehmen. (Chang 2007: 75)

Die im Entstehen begriffene ESVP hatte sich jedoch vorerst stark an der bereits international etablierten und anerkannten NATO zu orientieren, welche die Zusammenarbeit mit der WEU ausbauen wollte und das Festhalten an bestehenden sicherheits- und verteidigungspolitischen Strukturen bevorzugte. Die strategische Partnerschaft zwischen EU bzw. WEU und NATO im Bereich des Krisenmanagements ist im Rahmen von „Berlin Plus“ festgeschrieben. (Olshausen 2005: 20) Bei den diesbezüglichen Gesprächen im April 1999 bot die NATO der EU offiziell Unterstützung und den Rückgriff auf militärische Fähigkeiten und Ausrüstung an. Da die EU im Gegensatz zur NATO nicht über eine eigene Kommandostruktur verfügt, ist der Zugang zu Planungskapazitäten des Nordatlantikkbündnisses von großer Bedeutung für militärische Operationen der Europäischen Union. (Bundesregierung 2004: 11) Mit Berlin Plus verlor die WEU an Selbstständigkeit und Unabhängigkeit, da sich der Einflussbereich der NATO durch deren Monopol in der Bereitstellung von militärischen Mitteln ausweitete.

Auf dem Europäischen Rat von Helsinki im Dezember 1999 wurde beschlossen, dass auf EU-Ebene Angelegenheiten von sicherheits- und verteidigungspolitischer Relevanz von nun an einer souveränen Beschlussfassung sowie einer autonomen, von der NATO losgelösten, Krisenreaktion unterliegen sollten. Im Falle einer Nichtbeteiligung der NATO sollte die EU in die Lage versetzt werden, internationalen Konflikten mit eigenen zivilen sowie militärischen Mitteln zu begegnen. Mit Hilfe des

*European Headline Goal*¹⁴ wird seither der Rahmen für den Einsatz von Streitkräften im Sinne der Petersberg-Aufgaben festgelegt. Auf dem Europäischen Rat von Feira im Juni 2000 wurden auch im Bereich des Krisenmanagements Planziele formuliert. Dazu gehört der Aufbau von Fähigkeiten im Polizeiwesen, der Zivilverwaltung, bei Katastrophenschutz und Rechtsstaatlichkeit. (Bundesregierung 2004: 11)

Die Entwicklungen der ESVP fanden erfolgreich Eingang in die politischen Beschlüsse des Europäischen Rates von Nizza und mündeten schließlich in den erneuerten Vertrag über die Europäische Union¹⁵, der am 11. Dezember 2000 von den Staats- und Regierungschefs unterzeichnet wurde. Dabei konnten die bis dato bestehenden Strukturen der ESVP problemlos und innerhalb kürzester Zeit in das Vertragswerk integriert werden. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 207) Der am 3. Februar 2003 in Kraft getretene Vertrag von Nizza wurde unter französischer Ratspräsidentschaft abgeschlossen (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 199) und beinhaltet vor allem die Einrichtung sicherheits- und verteidigungspolitischer sowie strategischer Gremien¹⁶. (Bundesregierung 2004 11f)

Die institutionelle und praktische Weiterentwicklung der WEU wurde durch den Nizza-Vertrag gestoppt. (Litten 2005: 37) Die WEU ist seither nicht mehr integraler Bestandteil der EU. Entsprechende Bezüge wurden aus dem Vertragswerk gestrichen. Die Hauptfunktionen der WEU sind auf die EU übergegangen. (Rinke 2006: 295)

Gemessen an den schleppenden und mäßig erfolgreichen Fortschritten in der Konstruktion einer gemeinsamen Vertragsposition bis in die 1990er Jahre ist die sicherheits- und verteidigungspolitische Integration nach 1998 im Rahmen der ESVP mit Lichtgeschwindigkeit¹⁷ vorangetrieben worden. (Chang 2007: 61) Während Großbritannien und Frankreich den Anstoß zur Initiierung der ESVP gegeben haben,

¹⁴ Das European Headline Goal ist ein Planziel für die Entwicklung militärischer Fähigkeiten im Bereich des Krisenmanagements; vgl. Helsinki Headline Goal 2003, Headline Goal 2010, Civilian Headline Goal 2008.

¹⁵ Ein Großteil der Bestimmungen zur ESVP wurde außerhalb des vertraglichen Rahmens festgelegt. (vgl. v.a. die dem Europäischen Rat von Nizza angeschlossene Schlussfolgerung sowie den Bericht des Vorsitzes zur ESVP). Die Umsetzung und Implementierung der ESVP auf der Grundlage einer dem Vertrag angefügten Erklärung kann unabhängig von dessen Inkrafttreten vorangetrieben werden. (vgl. Schlussakte der Regierungskonferenz, Erklärung Nr. 1 zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik). (Blanck 2005: 108)

¹⁶ Die vier bedeutendsten Gremien der ESVP sind das Politische und Sicherheitspolitische Komitee (PSK), der EU-Militärausschuss (EUMC), der EU-Militärstab (EUMS) sowie der Ausschuss für zivile Aspekte des Krisenmanagements (CIVCOM).

¹⁷ Solana, Javier 2000; „Where does the EU stand on CFSP?“, URL: <http://aei.pitt.edu/508/02/chai47e.pdf> (Stand: 21.1.09)

ging von Deutschlands Ratspräsidentschaft die Etablierung der ESVP im Vertragswerk der Europäischen Union aus. Die folgenden Treffen des Europäischen Rates haben darüber hinaus zu einer detaillierten Positionierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie im Rahmen der Petersberg-Aufgaben, losgelöst von WEU-Restriktionen und mit der Formulierung eigener Planziele geführt. Der Wunsch nach einer eigens europäischen Lösung in Sicherheits- und Verteidigungsbelangen hat mit der Einführung der ESVP in kürzester Zeit konkret an Leben gewonnen. Frankreich und Deutschland waren hierbei von maßgeblicher Bedeutung und können aus diesem Grund als Motor der ESVP bezeichnet werden.

2.3 Der Charakter der ESVP

Deutschland und Frankreich haben in ihrer Rolle als Motor der ESVP zahlreiche inhaltliche Regelungen nach ihrer jeweiligen nationalstaatlichen Façon geprägt. Der Charakter der ESVP spiegelt die Präferenzen und Kompromisse beider Staaten wieder. Im Folgenden sollen die wichtigsten Rahmenbedingungen und Inhalte der ESVP wiedergegeben werden.

Zu den vereinbarten Zielen der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehört zunächst die nach dem Zweiten Weltkrieg von vielen Staaten Europas als wünschenswert empfundene Koordinierung der Außenpolitik der EU-Mitgliedstaaten, die nach Möglichkeit in einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik münden soll. (Schmidt 2004: 208) Vorerst gilt es jedoch im EU-Rahmen eine internationale Handlungsfähigkeit im zivilen und militärischen Krisenmanagement zu erreichen. Zur Sicherheitskomponente der ESVP sollen Konfliktprävention und -bewältigung im Spektrum der Petersberg-Aufgaben gehören. Die Verteidigungskomponente¹⁸ soll den Schutz der vitalen Interessen der Mitgliedstaaten der EU umfassen. (Blanck 2005: 172f, Bundesregierung 2004: 4) In geographischer Hinsicht ist die ESVP als universelles Projekt zu verstehen. Einige Regionen der Welt sind allerdings von unmittelbaren Interessen betroffen, etwa Afrika aufgrund zahlreicher französischer Ex-Kolonien oder der Nahe und Mittlere Osten aufgrund von Energiefragen sowie verschiedenen politischen Unstimmigkeiten beispielsweise im Israel-Palästina-Konflikt. (Blanck 2005: 205)

¹⁸ Die Verteidigungskomponente der ESVP ist durch bestehende Regelungen mit der NATO beschnitten. Dieser Interessenkonflikt wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit noch näher beleuchtet werden.

In institutioneller Hinsicht ist die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) integraler Bestandteil der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. Sie ist letzterer Komponente, der Sicherheitspolitik, zuzuschreiben und entspricht den institutionellen Grundsätzen der GASP. Das bedeutet, dass die ESVP keine Gemeinschaftspolitik der EU darstellt. Die Europäische Kommission besitzt kein Initiativrecht und kann demnach keine zwingend zu berücksichtigenden Vorschläge zur institutionellen und operativen Weiterentwicklung der ESVP unterbreiten. Im Hinblick auf die Pfeilerkonstruktion¹⁹ der EU fällt die ESVP unter die 2. Säule und somit in den Bereich der intergouvernementalen²⁰ Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten. Diese sind die zentralen Akteure der ESVP und souverän in ihren Entscheidungen (vgl. Chang 2007: 57) Die Entwicklung der ESVP ist allein vom politischen Willen der Mitgliedstaaten abhängig und kann durch mangelnde Abstimmung, fehlende Zusammenarbeit oder gravierende Meinungsverschiedenheiten vollkommen blockiert werden. (Blanck 2005: 135) Für die Entscheidungsfindung innerhalb der ESVP ist der „Rat für Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ (RAA), in dem neben den Außenministern zunehmend auch die Verteidigungsminister zusammentreten, zuständig. (Bundesregierung 2004: 13) Als Entscheidungsregel dient das Einstimmigkeitsprinzip. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen einer neuen Regelung in Sicherheits- oder Verteidigungsfragen zustimmen. Die Einnahme einer Vetoposition entspricht einem Negativvotum und führt zum Scheitern eines eingebrachten Vorschlags.

Den Kern der ESVP bilden die von der WEU auf die EU übergegangenen Petersberg-Aufgaben. (Fritsch 2006: 4) Allerdings ist die Bestimmung des Aufgabenfelds der ESVP sehr komplex. EU-Missionen umfassen einerseits Einsätze, die unter Beteiligung der NATO, welche als System kollektiver Sicherheit einzuschätzen ist, erfolgen. Sie schließen andererseits auch Einsätze ein, die autonom durch die EU und unter einem Mandat der Vereinten Nationen (UNO) als System kollektiver Sicherheit oder unter einem Mandat der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) als System kooperativer Sicherheit stattfinden. (Blanck 2005: 172) Bisher konzentriert sich die ESVP auf den Aspekt Sicherheit, weil

¹⁹ Die Drei-Pfeiler-Konstruktion der EU geht auf eine französische Idee zurück. (Stahl 2006: 64)

²⁰ Unter Intergouvernementalismus wird das „Streben(...) nach Problemlösungen auf dem Wege zwischenstaatlicher Kooperation – ohne Abgabe von Kompetenzen an supranationale Organisationen“ (zit. n. Schmidt 2004: 328) verstanden. Im Gegensatz dazu ist mit Supranationalismus eine „über den Nationalstaat hinausreichende(...) und auf ihn mit Anspruch auf verbindliche Entscheidungen rückwirkende(...) Politik“ (zit. n. Schmidt 2004: 705) gemeint.

viele verteidigungspolitische Fragen, zum Beispiel hinsichtlich des Verhältnisses zur NATO oder zum Einbezug neutraler EU-Staaten wie Dänemark oder Österreich, noch nicht vollständig geklärt sind. (Gareis/Klein 2003: 12)

Viele dieser bestehenden Ziele und Regelungen zur ESVP werden aktuell von Deutschland und Frankreich in ihrer Effektivität, ihrer Begründung und ihren Absichten für das Vorantreiben des Projekts EU verteidigt und weiterverfolgt. Das Festhalten an gemeinsamen Zielen aber auch die Kooperation und Koordination in operativen Fragen sind Beispiele für Übereinstimmungen im deutsch-französischen Handeln. Die zwei folgenden Kapitel der Bachelorarbeit führen diese Aspekte nun näher aus.

3. Deutschlands und Frankreichs gemeinsame Ziele

Deutschland und Frankreich befürworten eine Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen im Rahmen der ESVP aus verschiedensten Beweggründen. Diese resultieren aus finanziellen Zwängen, neuartigen Bedrohungen der Sicherheit und des Friedens, strukturellen Veränderungen des EU-Einflusses in der Welt und den immer mehr als „Übermacht“ empfundenen USA.

Um heutigen Gefahrenlagen mit entsprechenden militärischen Mitteln und Fähigkeiten begegnen zu können, sind Neuerungen im Militärhaushalt und gegebenenfalls Modifizierungen im Verteidigungsbudget vorzunehmen. Substantielle Mehrausgaben im Militärbereich sind in vielen EU-Staaten politisch nicht zu verwirklichen. Verteidigungsetats stagnieren beziehungsweise werden kontinuierlich gekürzt. In Frankreich und Deutschland ist eine Verkleinerung und Professionalisierung der Streitkräfte vorgesehen. Die Etablierung von multinationalen Streitkräftestrukturen und von Kooperationen im Rüstungsbereich sowie die durch Bündelung von Ressourcen entstehenden Synergieeffekte werden von Deutschland und Frankreich als großer Vorteil in punkto Sicherheit und Verteidigung angesehen. Mit der ESVP können Schwächen in der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitslage durch Stärken der europäischen Zusammenarbeit ausgebessert werden. Potentielle Fähigkeiten einer koordinierten europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrategie sind vor allem in den Bereichen Planung, Logistik, Ausrüstung und Personal zu erwarten. (vgl. Fritsch

2006: 23; Gareis/Klein 2003: 12; Gareis/Klein (u.a.) 2004: 13; Koopmann/Stark 2004: 43ff)

Deutschland und Frankreich wollen im Rahmen der EU mehr Verantwortung für den Aspekt Sicherheit auf internationaler Ebene übernehmen. Dieses Ziel resultiert aus neuen Bedrohungspotentialen – etwa Terrorismus, Staatszerfall oder Verbreitung von Massenvernichtungswaffen – und der damit verbundenen veränderten Sicherheitslage in Europa²¹. Aber auch negative Erfahrungen bei der Befriedung von Konflikten zum Beispiel auf dem Balkan in den 1990er Jahren, verleiten Deutschland und Frankreich dazu mehr Präsenz in Situationen von sicherheits- und verteidigungspolitischer Wichtigkeit zeigen zu wollen. Eine erfolgreiche Krisenbewältigung kann heutzutage nicht mehr von einem Staat allein bewerkstelligt werden, da Konflikte häufig nicht mehr territorial begrenzt sind. Neuartige, komplexe Konfliktstrukturen bedürfen vielmehr der Mithilfe mehrerer Staaten und sind zunehmend von internationaler Bedeutung. (Chang 2007: 14) Als führende Nationen innerhalb der EU wollen Deutschland und Frankreich gemeinsam an der Stabilisierung von Regionen arbeiten, die an den EU-Raum anschließen und von denen durch voranschreitenden Staatszerfall und Bürgerkrieg potentielle Gefahren für die Sicherheit der EU-Bevölkerung ausgehen. (Koopmann/Stark 2004: 37)

Neben dem praktischen Mehrwert durch die Bündelung von Kapazitäten und der Entstehung von Erwartungssicherheit durch die politische Stabilisierung von Staaten erhoffen sich Deutschland und Frankreich durch die ESVP ein stärkeres außenpolitisches Gewicht – mehr Mitspracherechte und Entscheidungskompetenz – auf internationaler Ebene. (Kleine 2005: 29f) Die EU soll ein stärkeres außenpolitisches Profil erlangen und in die Lage versetzt werden als „global player“ aufzutreten.²² (Kolboom/Stark 2005: 367) Dies kann vor allem durch EU-Einsätze in Regionen, in denen die NATO nicht gewillt ist, internationale Verantwortung zu übernehmen, bewerkstelligt werden. (Koopmann/Stark 2004: 37)

Das Verhältnis zu den USA ist von großer Bedeutung für eine gelungene europäische Politik in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Deutschland und Frankreich sehen in den USA einen unverzichtbaren Partner was das Einstehen für westliche Wertvorstellungen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Wirtschafts-

²¹ Vgl. in diesem Zusammenhang die Terroranschläge von Madrid (2004) und London (2005) oder die versuchten Attentate der „Kofferbomber“ in Deutschland (2006).

²² Europäischer Rat 2003, Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) 2003; URL:<http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf> (Stand: 21.1.09)

entwicklung angeht. (Olshausen 2005: 26) Das große US-Engagement in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg, der US-Schutzfaktor während des Kalten Kriegs sowie die Beendigung des Bürgerkriegs auf dem Balkan durch das US-Militär haben dazu geführt, dass die Vereinigten Staaten lange Zeit stark in europäische Angelegenheiten involviert waren. Mittlerweile ist Europa aufgrund seiner hohen politischen Stabilität jedoch nicht mehr in gleichem Maße auf den Schutz der Amerikaner angewiesen. Vielmehr betonen Deutschland und vor allem Frankreich die Eigenständigkeit der EU in Fragen europäischer Sicherheit und Verteidigung und versuchen den amerikanischen Einfluss in Europa auf ein Minimum zu reduzieren. Die Vertiefung der EU im Rahmen einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik drückt das Verlangen einer stärkeren Berücksichtigung europäischer Interessen auf internationaler Ebene – gegenüber den USA und der NATO – aus. Ein Ausgleich des sicherheits- und verteidigungspolitischen Einflusses zwischen Europa und den USA kann im Verständnis Deutschlands und Frankreichs hervorragend durch eine Balance zwischen ESVP und NATO erreicht werden. Die dargelegten Bestrebungen, sich von der US-Dominanz in Sicherheits- und Verteidigungsfragen emanzipieren zu wollen, werden durch eine ablehnende Haltung gegenüber dem häufig unilateralen Handeln der amerikanischen Weltmacht gestützt. Deutschland und Frankreich wollen mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die amerikanische Neigung zu unilateralem Handeln unterbinden. Die EU soll nach deutsch-französischem Verständnis mit einer multilateral verhandelten Position die Eigenmächtigkeit der Amerikaner in Frage stellen und für Kooperation in den internationalen Beziehungen werben. (Wassmund 2003: 96f)

4. Die Ausgestaltung der ESVP durch Deutschland und Frankreich

Die beschriebenen Zielvorstellungen Deutschlands und Frankreichs hinsichtlich des Wirkens der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind von theoretischer Natur und dienen als Leitbilder; sie werden aber auch durch operative Tätigkeiten, durch Verhandlungen zur konkreten Ausgestaltung der ESVP sowie durch aufeinander abgestimmte Reaktionen in Krisenzeiten der EU zunehmend im politischen Handeln zu verwirklichen versucht.

4.1 Einsätze der EU

Im Jahr 2003 wurde die seit 1998 kontinuierlich aufgebaute Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik erstmals praktisch umgesetzt. Mehrere Maßnahmen zur zivilmilitärischen Krisenbewältigung, worauf die Anwendung der ESVP bisher fokussiert ist, wurden eingeleitet. (Bundesregierung 2004: 4)

Im März 2003 übernahm die EU im Rahmen der ESVP erstmals das Kommando über eine internationale Friedensmission. (Rinke 2006: 296) Ziel der Mission Concordia war es, zu einem sicheren Umfeld innerhalb Mazedoniens beizutragen. (Bundesregierung 2004: 18f) Die Peacekeeping-Operation unter französischer Schirmherrschaft wurde als positives Signal für weitere EU-Einsätze und als Erfolg der ESVP gewertet. (Fritsch 2006: 31f) In der anschließenden Polizeimission Proxima (Eupol) zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und zur Heranführung der Behörden an europäische Polizeistandards übernahm Deutschland die Federführung. (Bundesregierung 2004: 18f; Fritsch 2006: 32f)

Mit der Operation Artemis in der Demokratischen Republik Kongo ab Juni 2003 erprobte sich die EU erstmals im militärischen Krisenmanagement, ohne dabei auf die Hilfe der NATO zurückzugreifen. (Fritsch 2006: 33) Ziel der Mission war es durch eine verbesserte und stabilisierte humanitäre Lage, die nötigen Bedingungen für einen UN-Blauhelmeinsatz zu schaffen. (Bundesregierung 2004: 18f) Frankreich übernahm ein weiteres Mal die Leitung eines wegweisenden EU-Einsatzes und stellte zugleich das größte Truppenkontingent. (Fritsch 2006: 33)

Artemis und Concordia spiegeln den Willen und das gemeinsame Interesse Deutschlands und Frankreichs wieder, mehr Verantwortung in internationalen Krisen übernehmen zu wollen und im Rahmen eines europäischen Projekts zusammenzuarbeiten. Die *Grande Nation* und die Bundesrepublik sind nicht nur die Architekten der ESVP, sie behalten auch in ihrer Anwendung die entscheidenden Führungspositionen bei. (vgl. Fritsch 2006: 34, 47) Neben der Mission Eufor Althea, welche seit November 2004 in Bosnien-Herzegowina stattfindet und den bisher größten Einsatz der EU darstellt, ist die Europäische Union in verschiedenen weiteren Einsätzen²³ bestrebt, sich als internationaler Akteur im Krisenmanagement zu etablieren. (Fritsch 2006: 35) Das

²³ Die EU ist beispielsweise in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien, den palästinensischen Gebieten, Irak, DR Kongo, Sudan, Indonesien, Moldawien und Ukraine im Rahmen der ESVP aktiv oder aktiv gewesen. (Fritsch 2006, S.36-46)

anhaltende EU-Engagement in Afrika oder auf dem Balkan sowie die Interaktion mit den Vereinten Nationen beweisen, dass die ESVP eine Politik darstellt, die weltweit erwünscht ist und als erfolgreiches Zukunftsmodell angesehen wird. Immer mehr Staaten und internationale Organisationen wenden sich an die EU und sehen insbesondere in Deutschland, unter anderem aufgrund der weitgehend fehlenden kolonialen Vergangenheit, einen neutralen Partner im Krisenmanagement. (vgl. Fritsch 2006: 44, 47f)

4.2 Gipfeltreffen zur Weiterentwicklung der ESVP

Eine erfolgreiche Implementierung der ESVP ist Deutschland und Frankreich ebenso wichtig wie die konzeptionelle Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Viele Ideen und Vorschläge des deutsch-französischen Tandems wurden in Protokollen und Verträgen berücksichtigt und haben sich im EU-Rahmen durchsetzen können. Die im Folgenden angeführten Beispiele sind wichtige Anhaltspunkte für das deutsch-französische Engagement in Sicherheits- und Verteidigungsfragen.

Während des Europäischen Konvents²⁴ von Februar 2002 bis Juli 2003 traten vor allem Deutschland und Frankreich für eine tiefere Integration in der Verteidigungspolitik ein. Der damalige Außenminister Joschka Fischer und sein französischer Amtskollege Dominique de Villepin schlugen verschiedene Optionen zum Ausbau der ESVP vor: So sollte zum Beispiel die Möglichkeit der verstärkten Zusammenarbeit²⁵ auch innerhalb der ESVP Anwendung finden und die Schaffung eines europäischen Rüstungsmarktes mit einer europäischen Rüstungsagentur als zentraler Kontrollinstanz erwogen werden. Ein entsprechendes Protokoll warb für eine Verbesserung der ESVP, insbesondere im Bereich der militärischen Fähigkeiten und der

²⁴ Der „Konvent zur Zukunft der Europäischen Union“ (Verfassungskonvent) erarbeitete unter Einbeziehung von Vertretern der nationalen Parlamente und Regierungen sowie unter Mitarbeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission, den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ (EU-Verfassungsvertrag).

²⁵ Die Möglichkeit zur verstärkten Zusammenarbeit ist im EU-Verfassungsvertrag durch die Einführung engerer Exekutiv-Kooperationen einzelner EU-Mitgliedstaaten (Ad-hoc-Koalitionen) gegeben. Die daran teilnehmenden Staaten verfügen über bestimmte Fähigkeiten, denen die EU (noch) keine eigenen Kapazitäten entgegen setzen kann. (Dietrich 2006: 489) Die Missionen der Ad-hoc-Koalitionen sind den Interessen und Zielen der EU verpflichtet. Ihr Einsatz ist von einem Ministerratsbeschluss abhängig. (Dietrich 2006: 491ff) Die Ermöglichung flexibler Zusammenarbeiten bedarf im besonders sensiblen Bereich der Verteidigungspolitik strengen Kontrollmechanismen, um Alleingänge einzelner Staaten, ohne die Zustimmung aller übrigen EU-Mitglieder, zu verhindern. (Dietrich 2006: 494)

verteidigungspolitischen Zusammenarbeit. Der dem Konvent von der Arbeitsgruppe Verteidigung vorgelegte Abschlussbericht, an welchem Deutschland und Frankreich entscheidend mitgewirkt hatten, fand in vielerlei Hinsicht Eingang in den Verfassungsvertrag. (Dietrich 2006: 484, 491f) Dazu gehören der erweiterte Einsatz von Militär unter EU-Verantwortung im Spektrum der Petersberg-Aufgaben und in der Terrorismusbekämpfung, mehr Kohärenz und Effizienz bei der Durchführung von Operationen zur Krisenbewältigung - etwa durch die koordinierende Funktion eines EU-Außenministers, (Dietrich 2006: 486f) der gegenseitige Beistand im Falle von Angriffen auf EU-Partner sowie die Schaffung einer Rüstungs- und Fähigkeitenagentur. (Bundesregierung 2004: 5)

Im April 2003 gaben Deutschland und Frankreich zusammen mit Luxemburg und Belgien eine Gemeinsame Erklärung zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik bekannt. Die Vier-Länder-Initiative – der so genannte „Pralinen-gipfel“ – sah den Aufbau verstärkter EU-Militärkapazitäten vor und propagierte die Einrichtung eines europäischen Hauptquartiers für EU-Militäraktionen. Beide Entwürfe sollten die Unabhängigkeit von der NATO vorantreiben. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 262)

Nahezu alle deutsch-französischen Vorschläge aus Konvent und Vier-Länder-Initiative gingen in den Verfassungsvertrag mit ein und wurden als neue politische Ziele der EU und ESVP festgelegt. (Bundesregierung 2004: 28) Damit haben sich Deutschland und Frankreich mit ihren Forderungen nach einer stärkeren und unabhängigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durchgesetzt. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 262, 264)

Auf dem Dreiergipfel Frankreichs, Deutschlands und Großbritanniens im September 2003 wurde in einer Erklärung bekannt gegeben, dass „die EU über eine gemeinsame Fähigkeit zur Planung und Führung von Operationen ohne Rückgriff auf NATO-Mittel und -Fähigkeiten verfügen muss“. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 263) Auf der Regierungskonferenz von Rom (Oktober 2003 bis Juni 2004) beschloss die EU auf Grundlage eines von Frankreich, Großbritannien und Deutschland unterbreiteten Vorschlags, die Aufstellung von flexiblen Gefechtsverbänden (*battle group size forces*). Diese sollten bis 2007 eine schnelle Reaktion und eine rasche Bewältigung von Krisen (*rapid response*) zum Ziel haben und die bisherigen Fähigkeiten der EU, vor allem im

Hinblick auf Einsätze in *Failing States*²⁶, ausbauen. (Bundesregierung 2004: 15) Im Non-Paper „European Defence: NATO/EU consultation, planning, operations“ überlegen Frankreich, Deutschland und Großbritannien beim NATO-Hauptquartier eine kleine EU-Zelle einzurichten und den Militärstab in Brüssel aufzustocken, um autonome Missionen besser planen zu können. Dabei ist anzumerken, dass Deutschland und Frankreich ihren auf dem Pralinengipfel unterbreiteten Vorschlag eines europäischen Hauptquartiers für EU-Militäraktionen zurücknehmen und damit die angestrebte Unabhängigkeit von der NATO relativieren. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 263) Das Verhältnis zwischen ESVP und NATO-policies hat in den bisherigen Stellungnahmen Deutschlands und Frankreichs stets einen hohen Stellenwert eingenommen und ist von besonderer Bedeutung, wenn es um den sicherheits- und verteidigungspolitischen Rang der EU in der Welt geht. Dieser Aspekt wird im Verlauf der vorliegenden Arbeit noch näher beleuchtet werden.

Im Dezember 2003 verabschiedete der Europäische Rat auf dem Brüsseler Gipfel die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS), welche vor allem auf einem Papier des Hohen Vertreters der GASP, Javier Solana, basiert. (Gareis/Klein (u.a.) 2004: 7) Deutschland hatte sich über einen längeren Zeitraum für die Formulierung eines Papiers eingesetzt, das die Interessen aller EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen vertreten sollte. Neben bilateralen Absprachen mit Frankreich oder trilateralen Gesprächen mit Großbritannien war Deutschland sehr daran gelegen, die ESVP als europäisches Gemeinschaftsprojekt weiter zu forcieren. (Bundesregierung 2004: 24) Mit der Europäischen Sicherheitsstrategie sollte die EU nach einigen Differenzen während des Irakkriegs im März 2003 wieder mit einer Stimme sprechen und zu einer gemeinsamen Position in Sicherheits- und Verteidigungsfragen finden. Inhaltlich definiert die Europäische Sicherheitsstrategie die von der EU identifizierten Hauptbedrohungen der internationalen Sicherheit: Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Regionalkonflikte, staatliche Instabilität und Organisiertes Verbrechen. (Bundesregierung 2004: 25f) Dabei liegt der Schwerpunkt der europäischen Sicherheitsbemühungen auf EU-Grenzregionen, beispielsweise dem Mittelmeerraum, worauf Frankreich ein besonderes Augenmerk legt, oder Südosteuropa, woran

²⁶In *Failing States* (zerfallenden Staaten) ist die zentrale Staatsgewalt sehr schwach ausgeprägt und die Anfälligkeit für Konflikte sehr groß. Korruption und schlechte Regierungsführung, verfehlte Wirtschaftsentwicklung sowie mangelnde Wohlfahrt und Rechtssicherheit destabilisieren viele Staaten, vornehmlich in Afrika, und lassen sie somit zu einem globalen Sicherheitsproblem werden. (Watzal, Ludwig 2005; Bundeszentrale für politische Bildung; <http://www.bpb.de/publikationen/R2KNOR.0.Editorial.html> (Stand: 2.9.09))

Deutschland ein gesteigertes Interesse hegt. Die Europäische Nachbarschaftspolitik²⁷ soll in diesem Kontext dazu beitragen, dass von den östlichen bis zu den südlichen Grenzräumen der EU ein stabiles und friedliches Staatennetz entsteht, welches den europäischen Sicherheitsbestrebungen entgegen kommt. (Bundesregierung 2004: 26) Der strategische Dialog mit den USA, dem wichtigsten Partner der EU in militärischen Angelegenheiten, wird in der Europäischen Sicherheitsstrategie als Bezugspunkt für die Entwicklung und Ausgestaltung der ESVP hervorgehoben. (Bundesregierung 2004: 25) Die ESS muss als einer von vielen Versuchen verstanden werden, die ESVP als standardisiertes Prozedere in sicherheits- und verteidigungspolitischen Obliegenheiten etablieren zu wollen und damit den deutsch-französischen Interessen entgegen zu kommen.

Im Februar 2004 beschließen Deutschland, Frankreich und Großbritannien die Aufstellung strukturierter Kampfverbände mit 1500 Mann. Diese schnell einsetzbaren Truppen sollen vorrangig in Krisengebieten Afrikas eingesetzt werden. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 264)

Nach der Einführung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Vertrag von Nizza haben Deutschland und Frankreich zahlreiche Anstrengungen unternommen, das Gerüst der ESVP mit Substanz zu füllen und fortlaufend auszubauen. Beide Staaten sahen viele Initiativen innerhalb des Verfassungskonvents verwirklicht. Doch erst mit dem Vertrag von Lissabon²⁸ im Dezember 2007 konnte eine tief greifende Erneuerung der ESVP beobachtet werden.

²⁷ Mit der seit 2004 bestehenden Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) bietet die EU unmittelbar angrenzenden Nicht-Mitgliedstaaten die Möglichkeit privilegierter Beziehungen, indem sie bestehende politische Kooperationen um eine stärkere wirtschaftliche Integration ergänzt. Wohlstand, Stabilität und Sicherheit werden als übergeordnete Ziele der ENP genannt und sind in der Europäischen Sicherheitsstrategie festgehalten. Im Rahmen bilateraler Aktionspläne wird das Verhältnis der jeweiligen Staaten zur EU festgeschrieben. Dabei ist anzumerken, dass die ENP keinerlei Einfluss auf den EU-Erweiterungsprozess hat. (Europäische Kommission 2009, http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm (Stand: 2.9.09))

²⁸ Der Vertrag von Lissabon wurde im Dezember 2007 vom Europäischen Rat unterzeichnet. Er sollte im Januar 2009 in Kraft treten. Irland lehnte den EU-Reformvertrag in einer Volksabstimmung im Juni 2008 jedoch ab. (Auswärtiges Amt 2009, <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Europa/LissabonVertrag/Reformvertrag.html>, Stand (06.5.09)) Ein zweites Referendum ist für Herbst 2009 vorgesehen. In Tschechien gibt es nach der Ratifizierung des Vertragswerks noch immer Unklarheiten über die Zustimmung des Präsidenten zum EU-Reformvertrag. (Der Spiegel 2009, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,631623,00.html>; (Stand: 21.06.09) In Polen steht eine Ratifizierung des Vertragswerks noch aus. (vgl. ARD 2008; <http://www.tagesschau.de/ausland/kaczynski10.html>, Stand (01.7.08)) Das Bundesverfassungsgericht in Deutschland erklärte im Juli 2009, dass der EU-Reformvertrag mit dem Grundgesetz vereinbar ist. (ARD 2009; <http://www.tagesschau.de/inland/lissabon102.html> (Stand: 30.6.09))

4.2 Politische Herausforderungen zwischen dem Vertrag von Nizza (2001) und dem Vertrag von Lissabon (2007)

Der deutsch-französische Schulterschluss in Fragen europäischer Sicherheit und Verteidigung wurde durch teilweise unerwartete, einschneidende Ereignisse zwischen den Vertragswerken von Nizza und Lissabon auf eine harte Probe gestellt. Das Festhalten an der ESVP und der Glaube an eine erfolgreiche Zukunft der gleichen, war für die *Grande Nation* und die Bundesrepublik nicht einfach; trotzdem haben sich beide um ein einheitliches Auftreten bemüht und für eine Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik geworben.

Als erste ernste Krise der ESVP können der Irakkrieg im März 2003 und die aggressive amerikanisch-britische Irakpolitik angeführt werden, die von Frankreich und Deutschland gleichermaßen abgelehnt wurden. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 253) Dass sich beide Staaten in einem bedeutenden internationalen Konflikt zusammen gegen die USA stellten, darf als gemeinsamer Anspruch auf Mitspracherechte bei der Gestaltung einer neuen internationalen Ordnung interpretiert werden. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 254) Der Irak-Konflikt hat die EU tief gespalten und zu einem Versagen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – und damit auch der ESVP – geführt. Während sich Deutschland und Frankreich in ihrer Anti-Kriegshaltung gegenseitig zu stärken versuchten, (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 259) bestätigte sich, dass die einzelnen EU-Mitglieder als Nationalstaaten mit ihren national definierten Interessen noch immer im Vordergrund stehen und die europäische Komponente der Außen- und Sicherheitspolitik in den Hintergrund drängen. (Meimeth 2003, Rinke 2006: 17) Der Irakkrieg beweist anschaulich die bestehende Schwäche der ESVP – ihre Abhängigkeit vom Willen der Mitgliedstaaten -, er verdeutlicht allerdings auch, dass Deutschland und Frankreich bei internationalen Konflikten die ESVP nationalstaatlichem Krisenmanagement vorziehen. Das Anliegen, die EU mit einer vereinten Stimme in Sicherheits- und Verteidigungsfragen auszustatten, wurde von beiden Staaten auch während einer schweren Krise der EU nicht aus den Augen verloren. Ein Abrücken von bestehenden Vorstellungen zugunsten tradierter nationalstaatlicher Sicherheits- und Verteidigungsmuster ließ sich nicht erkennen.

Die Erweiterung der EU um zehn neue Mitglieder im Mai 2004 sowie der Beitritt Rumäniens und Bulgariens im Januar 2007 bedeuten für die Handlungsfähigkeit Deutschlands und Frankreichs im Rahmen der ESVP starke Einschnitte. Die

Koordinierung von 27 unterschiedlichen nationalstaatlichen Praktiken in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Vereinbarung einer erhöhten Anzahl unterschiedlicher Interessen in der Bereitstellung von Frieden und Sicherheit erfordert im besonders sensiblen und mit großen Souveränitätsansprüchen behafteten Bereich der Außenpolitik enorme Anstrengungen, um den Vorstellungen aller EU-Mitgliedsstaaten größtenteils gerecht werden zu können. Obgleich diese Tatsache die Weiterentwicklung der ESVP durchaus hätte bremsen und die Effektivität desselben Projekts erheblich hätte gefährden können, (Koopmann 2004: 79) haben Deutschland und Frankreich nicht gezögert, den operationellen Ausbau der ESVP weiterhin voranzutreiben.

Durch die EU-Osterweiterung rückt Deutschland in den geographischen Mittelpunkt der Europäischen Union. Frankreich steht dieser Entwicklung kritisch gegenüber, da es befürchtet an politischem Einfluss einbüßen zu müssen. Deutschland pflegt enge, historisch gewachsene Kontakte zu seinen östlichen Nachbarn. Aufgrund des hohen Anteils an Deutschen mit türkischem Migrationshintergrund wird die Frage nach einem möglichen EU-Beitritt der Türkei politisch stark diskutiert. Frankreich hingegen ist auf seine Beziehungen zu den Exkolonien in Afrika und anderen Weltregionen fixiert. In der Türkei-Frage wurde noch keine klare politische Position bezogen. (Stahl 2006: 66) Bei der Verhandlung von EU-Erweiterungen übernimmt Frankreich keine aktive Rolle. Während Deutschland Erweiterungsrounds im Allgemeinen begrüßt, werden sie von Frankreich eher passiv hingenommen. (vgl. Woyke 2000: 179) Die Angst vor einem Bedeutungsverlust französischer Interessen in Sicherheits- und Verteidigungsbelangen mögen dazu beigetragen haben, dass Frankreich besonders darauf achtet, dass die Integration neuer Mitglieder in das EU-Vertragswerk nicht auf Kosten einer Vertiefung der bestehenden Ordnung geht. Das Vorantreiben der ESVP als europäischem Lösungsweg für Sicherheit und Verteidigung in Europa kann im geschilderten Kontext als Versuch aufgefasst werden, die Kooperation der Mitgliedstaaten und vor allem die Möglichkeit verstärkter Zusammenarbeit der Alt-Mitglieder zu stärken. Die so genannte *Coopération renforcée* (verstärkte Zusammenarbeit) könnte die ESVP zunächst als Projekt einiger Kernstaaten in Europa etablieren, um danach offen für den Anschluss weiterer EU-Mitglieder zu sein. (Stahl 2006: 67)

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die durch zahlreiche Erweiterungen der EU entstandene Diversifizierung an politischen Auffassungen zum Thema Sicherheit und Verteidigung keinen negativen Einfluss auf die deutsch-

französischen Bemühungen zur Entfaltung der ESVP nimmt, sondern eher eine fördernde Wirkung ausübt. Insbesondere Frankreich fühlt sich durch die große EU-Erweiterungsrunde im Jahr 2004 dazu aufgefordert, die ESVP als sicherheits- und verteidigungspolitische Wirklichkeit in Europa zu etablieren, um sie unter dem Druck der nationalstaatlichen Außenpolitik nicht scheitern zu sehen.

Der von 2002 bis 2004 im EU-Verfassungskonvent unter Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing ausgehandelte Verfassungsvertrag für die Europäische Union scheiterte im Mai 2005 durch ein Negativ-Referendum der französischen Bevölkerung. Die Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags erfolgte aus vorwiegend innenpolitischen beziehungsweise sozioökonomischen Gründen²⁹ aber auch aufgrund von Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der französischen EU-Integrationspolitik. Die Angst vor einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation im Hinblick auf die Osterweiterung und die Dienstleistungsrichtlinie der EU haben sich im „Non“ der Franzosen manifestiert. Die Stärke der Globalisierungsgegner sowie die Schwäche der politischen EU-Befürworter haben ihr übriges getan. Der Verfassungsvertrag an sich dürfte nicht den Ausschlag für die mehrheitliche Ablehnung gegeben haben. (Maurer 2006: 23f) Trotzdem hatte die ablehnende Haltung eines Großteils der Bevölkerung und der politischen Elite Frankreichs richtungweisende Folgen und war von negativem Vorbildcharakter für die in anderen EU-Mitgliedstaaten folgenden Volksabstimmungen.

Drei Tage nach dem Nein der Franzosen stimmten die Niederländer gegen den EU-Verfassungsvertrag. Im Gegensatz zu Frankreich lag der Fokus jedoch auf EU-bezogenen Themen, wobei hier ein großes Informationsdefizit maßgeblich zum niederländischen „Nee“ beigetragen hat. Die Angst vor dem Verlust nationaler Souveränität, die Befürchtung wirtschaftlicher Nachteile sowie die Abstrafung der Regierungspolitik spielten ebenso eine wichtige Rolle. (Maurer 2006: 56f)

Das folgende Referendum im pro-europäischen Luxemburg blieb hinter den Erwartungen der Regierenden, die sich eines überlegenen positiven Ausgangs sicher fühlten, zurück. Zwar äußerte die Bevölkerung durch ihr „Ja“ die Zustimmung zur EU und deren Weiterentwicklung durch das neue Vertragswerk, dennoch war das Referendum durch eine allgemeine Unsicherheit geprägt. (Maurer 2006: 65, 67)

²⁹ Hierbei sind ein geringes Wirtschaftswachstum, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie unterschiedliche Reformen im Öffentlichen Dienst zu nennen.

Der positive luxemburgische Volksentscheid konnte die Ratifizierungskrise der EU, welche durch die negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden ausgelöst worden war, jedoch nicht mildern. (Maurer 2006: 70) In Dänemark und Irland wurden die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag unterbrochen. (Maurer 2006: 75) In beiden Ländern wurde vor allem die Frage der nationalen Selbstbestimmung und Neutralität besonders im Bereich der GASP und ESVP diskutiert. (Maurer 2006: 70-76) Im europaskeptischen Großbritannien war ein Volksentscheid nach dem Scheitern des Vertrags hinfällig³⁰. (Maurer 2006: 76f) Das Doppel-Nein hat die Euroskepsis in Großbritannien zusätzlich verstärkt. Der vom damaligen Premierminister Tony Blair erhoffte positive psychologische Effekt auf das Abstimmungsverhalten der Briten und Nordiren war durch die negative Resonanz in der französischen und niederländischen Bevölkerung zunichte gemacht worden. (Maurer 2006: 85) Im Gegensatz zu Großbritannien, zeichnete sich in Polen im Jahr 2005 eine weitgehend europafreundliche Grundeinstellung der Bevölkerung ab. Die Regierenden rechneten mit einer eindeutigen Annahme des Verfassungsvertrags im dafür vorgesehenen Volksentscheid. (Maurer 2006: 88) Die Ratifikationskrise änderte das Stimmungsbild in Polen jedoch radikal. Laut Umfragen verfünffachte sich der Anteil der Nein-Stimmen. Der Referendumsprozess wurde ausgesetzt. (Maurer 2006: 89) Tschechien galt sowohl im Hinblick auf die Durchführung eines Volksentscheids als auch bezogen auf eine Abstimmung im Parlament als Risikofaktor. Für ein Referendum hätte es einer Änderung der tschechischen Verfassung und einer entsprechenden Mehrheit im Parlament bedurft; beide Anstrengungen wurden nach dem Doppel-Nein eingestellt. (Maurer 2006: 89ff) Portugal, Schweden und Finnland haben ihre Ratifizierungsverfahren ebenfalls ausgesetzt. (Maurer 2006: 91ff)

Die Negativ-Voten in Frankreich und den Niederlanden stürzten die EU nach dem umstrittenen Krieg im Irak erneut in eine tiefe Krise. Das ablehnende Verhalten beider Nationen verunsicherte einen Großteil der europäischen Bevölkerung und stellte das Projekt „Europäische Union“ in seiner Gesamtheit auf den Prüfstand. Für die ESVP sah der EU-Verfassungsvertrag im Vergleich zum vorausgehenden Vertrag von Nizza, eine erhebliche Weiterentwicklung der ESVP vor. Aber auch verglichen mit dem

³⁰ Obwohl der damalige Premierminister Tony Blair 2003 ein Referendum noch ablehnte, sprach er sich 2004 aus innerstaatlichen Gründen (vgl. Kritik an der Europapolitik der Labour-Partei) und innerparteilichen Motiven (vgl. sich abzeichnende Spaltung der Labour-Partei aufgrund konträrer Meinungen in der EU-Verfassungsfrage) für die Durchführung eines Volksentscheids aus. Die Ankündigung eines Referendums beinhaltete bereits zum damaligen Zeitpunkt das hohe Risiko eines britischen „No“ zum EU-Verfassungsvertrag. (Maurer 2006: 77ff)

aktuellen Vertragswerk der EU, dem Lissabon-Vertrag, waren erhebliche Fortschritte auf dem Gebiet der GASP und ESVP zu verzeichnen³¹. Der EU-Verfassungsvertrag wurde den deutsch-französischen Interessen in seinen Bestimmungen zur ESVP in hohem Maße gerecht. Seine Ablehnung bedeutet eine Verzögerung in der Umsetzung deutsch-französischer Ideen auf dem Gebiet europäischer Sicherheit und Verteidigung sowie mögliche Rückschläge in der Durchsetzung deutsch-französischer Vorschläge durch die Europäer vieler EU-Mitgliedstaaten.

Trotz der genannten schwierigen Herausforderungen – Vorwurf des Scheiterns der GASP/ESVP im Zuge der Irak-Krise, Ablehnung des EU-Verfassungsvertrags durch einen der Hauptakteure der ESVP und die nunmehr notwendige Harmonisierung von 27 Länderpositionen in der ESVP – bleiben Deutschland³² und Frankreich beharrlich dabei, ihre Ziele umsetzen und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit Leben erfüllen zu wollen. Die Verwirklichung der ESVP durch die Leitung und Durchführung von EU-Missionen in Krisengebieten weltweit ist ein Beweis dafür. Bi- und trilaterale Verhandlungen zum Aufbau von gemeinsamen Planungsstellen, zur Erweiterung von militärischen Kapazitäten oder zur Flexibilisierung von Einsatzmöglichkeiten zeugen ebenfalls der Beharrlichkeit Deutschlands und Frankreichs gemeinsam eine effektive und erfolgreiche Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einrichten zu wollen.

Um die Weiterentwicklung der ESVP unter deutsch-französischem Vorzeichen angemessen einschätzen zu können, darf jedoch nicht nur der Wille zur konkreten Ausgestaltung und zur praktischen Umsetzung ausschlaggebend sein. Es gilt ebenso, die deutschen und französischen Überlegungen zur Konzeption der ESVP – zum theoretischen und ideellen Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – zu betrachten. Erst die Zusammenführung von Konzeption und Ausgestaltung der ESVP macht eine Analyse der deutsch-französischen beziehungsweise der deutschen und französischen Bestrebungen in europäischen Sicherheits- und Verteidigungsfragen aussagekräftig und relevant.

³¹ Vgl. 4.2, Abschnitt zum EU-Verfassungskonvent

³² Trotz des Regierungswechsels in Deutschland im November 2005 wurden die übergeordneten Interessen und Leitlinien der deutschen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kern beibehalten. (Fritsch 2006: 19) Die Unterschiede hinsichtlich der Formulierung von Prioritäten sind für die vorliegende Arbeit nicht von Bedeutung.

Nachdem in den bereits vorausgegangenen Kapiteln der Fokus eher darauf lag, wie Deutschland und Frankreich die operationelle Komponente der ESVP vorangetrieben haben, sollen im Folgenden die ideellen Vorstellungen und Beiträge beider Staaten im Vordergrund stehen. Während sich Deutschland und Frankreich in operationeller Hinsicht als erfolgreiche Partner und „Motor der ESVP“ erwiesen haben, bestehen hinsichtlich der Auffassung des institutionellen Charakters, der prozeduralen Bestimmungen, der Beziehungen zu anderen Organisationen sowie des geographischen Einsatzbereichs der ESVP erhebliche Differenzen zwischen beiden Ländern. Dieser Sachverhalt wird Gegenstand des zweiten Teils der vorliegenden Bachelorarbeit sein.

5. Deutschlands und Frankreichs außen- und sicherheitspolitische Traditionen

Um Deutschlands und Frankreichs unterschiedliche konzeptionelle Vorstellungen in der Weiterentwicklung der ESVP plausibel darstellen zu können, wird zunächst auf die nationalstaatlichen Positionen hinsichtlich Sicherheit und Verteidigung eingegangen werden. Jeder Mitgliedstaat der EU ist durch individuelle Traditionen und Erfahrungswerte in der Außen- und Sicherheitspolitik³³ in seinem Denken und Handeln geprägt. Auch Deutschland und Frankreich sind in ihren Sichtweisen hinsichtlich der Rahmenbedingungen der ESVP durch unterschiedliche nationale Politikmuster geprägt.

Bei der Herausbildung von sicherheits- und verteidigungspolitischen Europabildern greifen Deutschland und Frankreich auf ihre nationalstaatlichen Vorstellungen einer erwünschten Politik zurück. Nationale Ideen in der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik dienen als Orientierung für die Formulierung von Präferenzen in europäischen Sicherheits- und Verteidigungsangelegenheiten. Die jeweilige nationalstaatliche Perzeption von Sicherheit und Verteidigung korreliert unmittelbar mit der Auffassung von Sicherheit und Verteidigung auf europäischer Ebene. Diesem Sachverhalt trägt der folgende Vergleich zwischen deutschen und französischen Politikmustern in der Außen- und Sicherheitspolitik Rechnung.

³³ Die Terme Außenpolitik, Sicherheitspolitik und Verteidigungspolitik werden in den folgenden Kapiteln als Synonyme gebraucht. Da sich alle drei Begrifflichkeiten nur schwer voneinander abgrenzen lassen und ineinander übergehen, wird eine genaue Unterscheidung ausbleiben. Die Verwendung des übergeordneten Begriffs „Außenpolitik“ referiert jedoch auf die zugehörigen Teilbereiche „Sicherheit“ und „Verteidigung“.

5.1 Deutschlands außen- und sicherheitspolitische Merkmale

Deutschlands Außenpolitik resultiert aus einer historisch gewachsenen Auffassung des Staates und seiner nationalen Besonderheiten. Dazu gehört auch ein spezifisch deutsches Verständnis der Nation.

In der deutschen Geschichte wird die Nation als ethnisch-kulturelle Gemeinschaft verstanden. Die Herausbildung der deutschen Identität wird auf einen ethnischen Nationalismus zurückgeführt. Die Deutschen werden als Staatsvolk betrachtet, als Teil einer ethnischen Abstammungsgesellschaft. Deutschland definiert sich als Volks- beziehungsweise Kulturnation. (Schild 2003; Seidendorf 2007: 38, 40) Während die ethnische Komponente der Konstruktion deutscher Identität heute zunehmend an Bedeutung verliert, gewinnt der kulturelle Aspekt an Gewicht. Gemeinsame kulturelle Werte werden als wesentliche Merkmale der Zugehörigkeit zum deutschen Staat angesehen. (Thadden 2003: 238, 241, 265ff) Mit dem Begriff der „Heimat“ bezeichnen Deutschlands Bürger wo sie sich verwurzelt sehen. (Gareis/Klein (u.a.) 2004: 36f)

Die deutsche Geschichte, vor allem die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg sowie dem Dritten Reich, haben Deutschlands Konzeption der Außenpolitik entscheidend geprägt. Integrale Bestandteile der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind eine gewisse Zurückhaltung bei der Durchsetzung nationaler Präferenzen sowie ein gesteigertes Interesse an multilateralem Handeln. Die Verrechtlichung und Verregelung staatlicher Interaktion auf internationaler Ebene sind besondere Anliegen deutscher Politik, wohingegen außenpolitische Alleingänge unwillkommen sind. (Schild 2003) Diplomatische und zivile Ansätze der Konfliktprävention und des Konfliktmanagements werden gegenüber dem sofortigen Einsatz militärischer Mittel stark befürwortet. (Fritsch 2006: 19) Militärische Macht wird von den deutschen Entscheidungsträgern als letzter Ausweg in humanitären Notsituationen angesehen oder im Zuge eines unmittelbaren Angriffs eines einwandfrei identifizierbaren Gegners befürwortet. Andere Beweggründe, etwa militärische Krisenreaktionen als standardisiertes Vorgehen, werden von Berlin nur schwerlich akzeptiert. (Meimeth 2003; Meyer 2006: 159) Die politische Kultur ist durch einen hohen moralischen Anspruch an außenpolitisches Handeln gekennzeichnet. Der deutsche Staat sieht sich in diesem Zusammenhang als „Friedens-“ (Meyer 2006: 164) oder „Zivilmacht“ (Schild 2003). Beide Terme bedeuten, dass deutsche Außenpolitik unter dem Vorzeichen des

Friedens und der humanitären Hilfe steht. (Fritsch 2006: 17) Eine behutsame und möglichst diskrete Vorgehensweise in außenpolitischen Angelegenheiten ist ein herausragendes Kennzeichen deutscher Politik. Deutschland tritt in den internationalen Beziehungen oftmals als Vermittler auf und zeigt eine hohe Kompromissbereitschaft bei der Lösung von Problemen. Der materielle Beitrag, den Deutschland aufwendet, um für Frieden und Stabilität in der Welt aufzukommen, ist überdurchschnittlich hoch. (Fritsch 2006: 56, 58) Es lässt sich festhalten, dass diplomatische Initiativen sowie wirtschaftliche, entwicklungspolitische, rechtsstaatliche und humanitäre Maßnahmen in der deutschen Sicherheitspolitik eine herausgehobene Rolle spielen. (Kielmansegg 2005: 97, Koopmann/Stark 2004: 42)

In geographischer Hinsicht pflegt Deutschland intensive, historisch gewachsene Beziehungen zu den Staaten Mittel- und Osteuropas. (Woyke 2000: 17) Die Tradition der deutschen Ostpolitik reicht dabei bis ins 18. Jahrhundert zurück. In den 1970er Jahren wurde die Bundesrepublik unter Willy Brandt zu einem privilegierten Partner der mittel- und osteuropäischen Staaten. (Woyke 2000: 74)

5.2 Frankreichs außen- und sicherheitspolitische Merkmale

In der Geschichte Frankreichs findet sich ein Nationenverständnis, das dem deutschen Modell entgegen gesetzt ist: Die Nation wird aus einer demokratischen Tradition heraus verstanden (Seidendorf 2007: 38) und baut auf politischen Merkmalen auf. (Schild 2003, Seidendorf 2007: 40) Die republikanische Identität der Franzosen manifestiert sich in der *Citoyenneté* (Staatsbürgerschaft). Im übertragenden Sinne bedeutet dies, dass eine Person erst durch das Bekenntnis zur Nation und ihren politischen Besonderheiten die Rechte eines Bürgers erhält. (Thadden 2003: 178f) Frankreich definiert sich seit der Französischen Revolution als eine Bürger- beziehungsweise Staatsnation. (Adam 2007: 167) Während Deutschland durch zahlreiche Brüche in seiner politischen Tradition geprägt ist³⁴, zeichnet sich Frankreich durch eine seit dem 18. Jahrhundert (*La longue durée*) existierende Stärke einer politischen Idee (*La France profonde*) aus. (Thadden 2003: 33) Als Vorreiter der demokratischen Bewegung und im Hinblick auf eine lange demokratische Tradition, sieht sich Frankreich als eine *Exception culturelle* (kulturelle

³⁴ Vgl. hierzu v.a. die verschiedenen Staatsformen des 20. Jahrhunderts in Deutschland; etwa Kaiserreich, Weimarer Republik, Deutsches Reich sowie Deutsche Demokratische Republik (DDR) und Bundesrepublik.

Ausnahme) (Kolboom 2005: 368) und bezeichnet seine politische Entwicklung als *Spécificité française* (französisches Spezifikum) (Kolboom 2005: 381). Stolz und Prestigedenken resultieren aus diesen Errungenschaften (Grosser 2005: 193). In Deutschland sind sie nur von marginaler Wichtigkeit. Das Konzept des Staates ist in Deutschland ebenso von weitaus geringerer Bedeutung als in Frankreich. Der Ausnahmecharakter Frankreichs (*Exception française*) wird zur nationalen Präferenz erhoben und konstituiert den französischen Staat. (Christadler 2005: 236)

Neben einem unterschiedlichen Nationen- und Selbstverständnis steht auch die Konzeption der französischen Außenpolitik unter anderen Vorzeichen als die deutsche. Der Bereich Außenpolitik hat in Frankreich einen sehr viel höheren Stellenwert als in Deutschland.³⁵ (Stahl 2006: 63) Frankreich sieht sich als aktiver Mitgestalter der internationalen Beziehungen und möchte in der Weltpolitik eine sichtbare Rolle spielen. Dieser hohe Grad an politischem und diplomatischem Aktionismus wird durch ein gewisses Sendungsbewusstsein ergänzt. Frankreich erhebt den Anspruch, seine kulturellen Werte in der Welt vertreten zu wissen und hegt die Ambition, eine Weltpolitik *à la française* zu führen. (Grosser 2005: 236; Morisse-Schilbach 2006: 75)

„La France parce qu'elle le peut, parce que tout l'y invite, parce qu'elle est la France, doit mener au milieu du monde une politique qui soit mondiale.“ (Neujahrsansprache von De Gaulle am 31.12.1963, zit. n. Grosser 2005: 236), („Frankreich muss eine Politik von weltweiter Bedeutung führen, weil es dazu in der Lage ist, weil jeder es dazu einlädt, weil es Frankreich ist.“ (freie Übersetzung d. Verf.)

„La France [...] est un des grands pays du monde qui a les moyens d'une vraie politique globale.“ (Rede von Außenminister Védrine auf der Botschafterkonferenz am 28.08.1997, zit. n. Morisse-Schilbach 2006: 77), „Frankreich besitzt als eines der großen Länder der Welt die geeigneten Instrumente einer wirklich globalen Politik“ (frei Übersetzung d. Verf.)

Frankreich hegt das Bild einer großen und mächtigen Nation mit regionaler Führungsmacht innerhalb Europas, einer gewichtigen Stimme auf internationaler Ebene sowie weltweiter Präsenz, vor allem in ehemaligen Kolonien und im Bereich der Frankophonie³⁶. (Schild 2003) Der außenpolitische Diskurs Frankreichs ist von Rang-,

³⁵ Das französische diplomatische Corps ist mit etwa 14.000 Bediensteten die zweitgrößte diplomatische Institution der Welt. Deutschlands diplomatisches Corps ist um die Hälfte kleiner. (Stahl 2006: 63)

³⁶ Das von Frankreich ins Leben gerufene Konzept der Frankophonie basiert auf einer institutionalisierten Partnerschaft zwischen all jenen Staaten, die sich zur Förderung der französischen Sprache sowie universellen Werten (u.a. Frieden, Zusammenarbeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung) bekennen.

Prestige- und Statusdenken durchzogen und vor allem bei Sicherheit und Verteidigung aber auch Kultur und Sprache sehr ausgeprägt. (Morisse-Schilbach 2006: 76) Höchste Priorität im außenpolitischen Handeln haben Europa-, Sicherheits- sowie Afrika-³⁷, Frankophonie- und Mittelmeerpolitik. (Stahl 2006: 62) Eng mit diesen Bereichen verbunden sind die Außenwirtschaftspolitik, beispielsweise der Export von Rüstungsgütern, und die Kulturpolitik, zum Beispiel die Förderung der französischen Sprache. (Stahl 2006: 62)

Wichtige Referenzpunkte der Außenpolitik Frankreichs sind das Streben nach Unabhängigkeit von amerikanischen Vorbehalten und damit verbunden nach Weltmachtstatus. (Morisse-Schilbach 2006: 76; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 108) Als zentrale Machtinstrumente gelten der Besitz von Atomwaffen, der ständige Sitz im UN-Sicherheitsrat, die militärische und diplomatische Präsenz in Afrika sowie eine der zentralen Rollen im Europäischen Einigungsprozess. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 255) Die französische *Force de Frappe* (Atomstreitmacht) genießt als politisches Druckmittel einen hohen Stellenwert in der französischen Außenpolitik. (Stahl 2006: 84) Die Veto-Position innerhalb des UN-Sicherheitsrates ermöglicht Frankreich, nationale Interessen zu schützen und unliebsame Bestimmungen zu blockieren – mit den gleichen Einflusschancen wie sie den USA zur Verfügung stehen. (Stahl 2006: 87) Die Afrika-Politik Frankreichs umfasst geographisch vor allem die ehemaligen Kolonien Schwarzafrikas und zielt durch besondere militärische, wirtschaftliche und kulturelle Mittel auf eine politische Bindung der betreffenden Länder an Frankreich ab.³⁸ (Stahl 2006: 89)

Obgleich Frankreichs Außenpolitik während der letzten Jahrzehnte zu großen Teilen durch die europäische Integration bestimmt wurde, ist das Verständnis von internationaler Politik durch eine staatszentrierte Position charakterisiert. Für Frankreich kommt dem Staat eine exklusive Rolle bei der Gestaltung internationaler Politik zu. Autonomie und Souveränität stellen dabei wichtige Prämissen dar. (Woyke 2000: 15)

Die meisten Mitgliedstaaten haben Französisch als offizielle Landessprache, standen einst unter französischer Herrschaft oder sind ehemalige Kolonien beziehungsweise heutige Territorien oder Departments Frankreichs. Der geographische Schwerpunkt der Frankophonie liegt in Afrika. (Internationale Organisation der Frankophonie (OIF) 2000-2009, <http://www.francophonie.org/oif/index.cfm>, <http://www.francophonie.org/oif/membres.cfm> (Stand: 2.9.09))

³⁷ Frankreichs außenpolitisches Handeln auf dem afrikanischen Kontinent ist durch eine starke interventionistische Tradition geprägt. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 265)

³⁸ Etwa durch militärische Stützpunkte, Beratung und Ausbildung von Friedenssicherungsstreitkräften, oder Entwicklungshilfegelder. Hilfestellungen und Vermittlungstätigkeiten stehen dabei im Vordergrund. (Stahl 2006: 89)

Im Vergleich zu Deutschland hat das Paradigma nationaler Souveränität einen höheren Stellenwert und ist dabei weder historisch belastet noch negativ besetzt. (Schild 2003) Auch die globale Einsatzfähigkeit des Militärs in Krisenreaktionen wird im Gegensatz zu Deutschland von Frankreich weitaus weniger problematisch eingestuft. (Meimeth 2003)

Ein weiterer Unterschied zwischen beiden Ländern ist das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. Kulturell bedingter Anti-Amerikanismus ist in Frankreich ein noch immer weit verbreitetes und von vielen Bürgern und Intellektuellen geteiltes Phänomen. (Koopmann/Stark 2004: 38; Roger 2002: 450) Der von den politischen Eliten praktizierte latente bis offenkundige Anti-Amerikanismus zeigt sich vor allem durch eine stetige symbolische und rhetorische Abgrenzung von den USA. (Roger 2002: 448; Stahl 2006: 241) Eine ähnlich abweisende oder negative Haltung ist in Deutschland nicht zu beobachten. Obwohl sich der französische anti-amerikanische Diskurs nur sehr schwer an konkreten Ereignissen festmachen lässt, sind die amerikanisch-französischen Beziehungen durch zahlreiche Stereotype, Wettstreite und Interessenkollisionen geprägt. (Roger 2002: 449f) Ein entsprechendes Rivalitätsdenken von Seiten Frankreichs ist vor allem hinsichtlich materieller Stärken der USA, zum Beispiel im Bereich militärischer Ausrüstung, festzustellen. (Roger 2002: 451)

Auch hinsichtlich der NATO lassen sich Divergenzen zwischen Deutschland und Frankreich feststellen. Während Deutschland eine stabile Mitgliedschaft innerhalb der NATO vorweisen kann, hat sich Frankreich durch den partiellen Austritt aus dem Verteidigungsbündnis in eine isolierte Position manövriert. (Meyer 2006: 160f; Nünlist 2006) Das Zusammenspiel von französischem Anti-Amerikanismus, selbst auferlegter Isolation und der Überzeugung, dass sich die Sicherheitsinteressen der USA und Europas nach Ende des Kalten Krieges verändert haben (Meimeth 2003), nähren in Frankreich eine äußerst kritische Haltung gegenüber der NATO. (Koopmann/Stark 2004: 33) Besonders was die politische und militärische Autonomie³⁹ der transatlantischen Allianz von den USA betrifft, fürchtet Frankreich um einen Bedeutungsverlust nationaler Anliegen gegenüber amerikanischen Interessen. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 111) Darüber hinaus fühlt sich die *Grande Nation* nicht ausreichend in die militärischen Überlegungen der USA und damit auch der NATO eingebunden und stört

³⁹ Autonomie besonders im Bereich von Entscheidungsfindung und Expertenwissen. (Meyer 2006: 156)

sich am dominanten Auftreten der Vereinigten Staaten innerhalb des Bündnisses. (Meimeth 2003)

Deutschland und Frankreich sind entsprechend ihrer geschichtlichen Erfahrungen und ihrer politischen Kultur durch unterschiedliche, teils konträre Merkmale in der Außen- und Sicherheitspolitik geprägt. Dies führt dazu, dass beide Länder unterschiedliche Vorstellungen von einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik – also auch der ESVP – hegen. (vgl. Adam 2007: 167) Die auf nationaler Ebene formulierten Ansprüche und Konzepte für eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Europa sind kurz- und mittelfristig nur schwer veränderbar und führen zu unterschiedlichen, teils entgegen gesetzten Interessen.

Im folgenden Abschnitt der Bachelorarbeit wird nun analysiert wie sich Deutschlands und Frankreichs politische, rechtliche, charakterliche und geographische Konzeptionen der ESVP voneinander unterscheiden und inwiefern die Ansprüche beider Länder im Rahmen von Sicherheit und Verteidigung innerhalb der EU differieren. Die bisher erläuterten nationalen Merkmale dienen hierbei als Referenzpunkte und Erklärungsmuster.

6. Deutschlands und Frankreichs konzeptionelle Vorstellungen der ESVP

Die bestehende Konzeption der ESVP basiert – wie in den bereits vorausgegangenen Kapiteln gezeigt - in vielerlei Hinsichten auf von Frankreich präferierten und forcierten Grundsätzen. Einige der bisherigen Regelungen und Leitbilder sieht Deutschland heute aus einer veränderten Perspektive. Zwischen Frankreich und Deutschland besteht in entscheidenden Aspekten kein Konsens mehr über die institutionelle Struktur der sicherheits- und verteidigungspolitischen Integration. Auch hinsichtlich der politischen Entscheidungsverfahren sowie der sicherheits- und verteidigungspolitischen Orientierung und Zuständigkeit sind Kontroversen zu erkennen. (Chang 2007: 53)

6.1 Die politische Dimension der ESVP

Die Konzeptionalisierung der ESVP ist eng mit den nationalstaatlichen Vorstellungen vom außenpolitischen Auftreten und Handeln der EU verknüpft. Der weltpolitische Status der EU sowie das Verhältnis zur inhaltlich verwandten NATO werden von Deutschland und Frankreich im Speziellen als wichtige Referenzwerte für die institutionelle Struktur der ESVP herangezogen. Beide Länder hegen hierbei unterschiedliche Ansprüche an die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

6.1.1 Die Rolle der Europäischen Union in der Welt

Deutschland sieht die EU in der Weltordnung an Seiten der USA. (Rinke 2006: 429) Frankreich hingegen platziert die EU als vollkommen unabhängige Weltmacht auf internationaler Ebene. (Sinjen/Varwick 2005: 34) Gemäß seiner eurogaullistischen Orientierung erhebt Frankreich den Anspruch eines *Europa Puissance* – eines politisch geeinten und auf internationaler Ebene handlungsfähigen Europas. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 108) Deutschland strebt im Hinblick auf einen europäischen Machtanspruch in der Weltpolitik eher einen Ausgleich zwischen transatlantischer und eurogaullistischer Haltung an. (Koopmann/Stark 2004: 43) Das bedeutet, dass die EU zwar als Weltmacht agieren, sich jedoch jederzeit mit den USA als internationalem Partner austauschen soll.⁴⁰

Deutschland und Frankreich setzen sich gleichermaßen für multilaterales Handeln der EU ein. Die Motive hierfür sind jedoch unterschiedlich gelagert. Während Deutschland hauptsächlich aus Gründen höherer Legitimationschancen multilaterales Handeln bevorzugt, erkennt Frankreich vor allem die Chance auf Multipolarität, also einen Machtausgleich zwischen den Hauptakteuren auf internationaler Ebene. (Krause 2005: 44) Die von Frankreich empfundene *hyperpuissance* (Übermacht) der Vereinigten Staaten wäre durch eine starke Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik gebrochen. Eine einseitige amerikanische Interessenpolitik wäre nicht mehr möglich. (vgl. Koopmann/Stark 2004: 39; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 111)

Für die Weiterentwicklung der EU sieht Deutschland eine perspektivische Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) hin

⁴⁰ Im Gegensatz zum klar transatlantisch orientierten Großbritannien kann Deutschland und Frankreich jedoch eine gemeinsame kontinentaleuropäische Linie zugeordnet werden. (Chang 2007: 55)

zu einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU) als wichtiges Anliegen. (Bundesregierung 2004: 30) Dies spiegelt eine im europäischen Interesse stärker institutionalisierte und auf gemeinsam formulierten Werten aufbauende Sicherheits- und Verteidigungspolitik als Endziel der bisherigen deutschen Bestrebungen wider. Während die ESVP für Deutschland einem Selbstzweck innerhalb der Europäischen Union dient, stellt sie für Frankreich eine Möglichkeit der Ausweitung des eigenen Machtanspruchs in der Welt dar. Die machtpolitische Fundierung der EU mit Hilfe der ESVP ist für Frankreich nicht nur von europäischem sondern in hohem Maße auch von nationalstaatlichem Interesse. (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 203)

6.1.2 Die Beziehung der Europäischen Union zur NATO

Wie in den vorangegangenen Absätzen bereits angeschnitten wurde, ist Frankreichs Handeln auf europäischer Ebene durch ein starkes Unabhängigkeits- und Autonomiedenken in Bezug auf die USA gekennzeichnet. Gleiches gilt für die französische Perzeption der sicherheits- und verteidigungspolitischen Dimension der EU in Relation zur NATO.

Die Vereinigten Staaten gelten zweifelsohne als dominanter Akteur innerhalb der NATO und somit auch als Referenzwert für verteidigungspolitische Belange. Durch die Einführung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU konnte die sehr einseitige militärisch operationelle Abhängigkeit von den USA abgeschwächt und somit der europäische Handlungsspielraum erweitert werden. Die EU kann zu einem größeren Ausmaß als bisher Strategien und Politiken der NATO beeinflussen. (Chang 2007: 69)

Trotzdem unterscheidet sich die sicherheits- und verteidigungspolitische Dimension der EU in vielerlei Aspekten von der NATO. Beide Institutionen verfügen über unterschiedliche Stärken. Die NATO steht im Mittelpunkt, wenn militärische Fähigkeiten und schwere Kampfeinsätze gefragt sind, da sie über die nötigen materiellen, strategischen und finanziellen Voraussetzungen verfügt. (Olshausen 2005: 24) Die EU steht im Zentrum, wenn zivile oder zivil-militärische Fähigkeiten von Bedeutung sind. Sie ist vor allem beim Aufbau stabiler gesellschaftlicher und demokratischer Strukturen (*nation building*) von entscheidender Bedeutung. (Bundesregierung 2004: 27). Im militärischen Bereich verfügt die EU jedoch nicht über ausreichend geeignete Mittel (Olshausen 2005: 24) und stellt im Vergleich zur NATO

auch kein militärisches Bündnis zur gemeinsamen Verteidigung dar. (Gareis/Klein (u.a.) 2004: 13) Die ESVP ermöglicht der EU jedoch selbstständiges Handeln unter Einschluss militärischer Mittel, wenn die NATO gemäß ihrem Statut nicht tätig sein muss oder kann.⁴¹ (Bundesregierung 2004: 20, Olshausen 2005: 19) Unklar ist bisher ob es Situationen geben kann, in denen die NATO, etwa aufgrund eines amerikanischen Vetos, nicht handeln will, die EU jedoch trotzdem und damit gegen den Willen wichtiger NATO-Mitglieder auf militärischem Gebiet tätig wird.⁴² Vor allem Frankreich ist dieser Möglichkeit sehr zugeneigt, da die Eigenständigkeit der EU in zivilen und militärischen Fragen vergrößert werden würde. (Sinjen/Varwick 2005: 32) Aus diesem Grund plädiert die französische Nation im Gegensatz zu Deutschland für den Ausbau von eigens europäischen Kommando- und Logistikstrukturen sowie Entscheidungs- und Planungsforen. (Stahl 2006: 69) Darüber hinaus werden die Europäisierung der Rüstungsindustrie (EADC), der Aufbau eines eigenen Satellitenfrühwarnsystems (Galileo) sowie die Entwicklung permanenter Verteidigungsinstitutionen stark vorangetrieben. (Stahl 2006: 69)

Für Frankreich steht die NATO in klarer Konkurrenz zur ESVP als Instrument der EU. Das europäische Projekt wird als Gegenmacht zur transatlantischen Allianz positioniert. Dabei steht die Angst vor Fremdbestimmung und vor einer Kategorisierung der EU als sicherheits- und verteidigungspolitischem Subunternehmer der NATO im Vordergrund. (Meimeth 2003) Mit Hilfe der ESVP erhofft sich Frankreich eine Ausbalancierung der US-Hegemonie in globalen Sicherheits- und Verteidigungsbelangen. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 108)

Für Deutschland ist die NATO als strategischer Partner der EU erwünscht und eine Harmonisierung von EU- und NATO-Politik erstrebenswert. Das Verhältnis zwischen EU und NATO soll durch gegenseitige Verständigung, Bündelung und Ergänzung von Fähigkeiten und Ressourcen sowie eine sinnvolle Rollenteilung bei militärischen und zivilen Einsätzen gekennzeichnet sein. (Blanck 2005: 255) Da

⁴¹ Es bestehen zwei Varianten: EU-geführte Operationen unter Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der NATO (z.B. Operation Concordia, Mazedonien) und solche ohne Rückgriff – autonome Operationen, welche i.d.R. von begrenzter Dauer und Größe sowie kurzfristig angelegt sind (z.B. Operation Proxima, DR Kongo). (Bundesregierung 2004: 20)

⁴² Mit den Berlin-Plus-Vereinbarungen vom Dezember 2002 wurde ein geregeltes Verfahren für die Zusammenarbeit zwischen NATO und EU gefunden (Sinjen/Varwick 2005: 33f): Vorbehalt der NATO bei territorialer Verteidigung; Kollisionsnorm: kein Loyalitätskonflikt zwischen EU und NATO; Konterkarierungsverbot: Vorrang von NATO-Beschlüssen; Verzicht auf Duplizierung (unnötige Verdoppelung) bestehender Strukturen; Umgehungsverbot: im NATO-Rahmen mögliche Einsätze haben Priorität vor EU-Einsätzen. (Kielmansegg 2005: 251) Fragen nach den Beziehungen zwischen NATO und EU sorgen aber weiterhin für heftige Diskussionen im Bündnis. (Sinjen/Varwick 2005: 33f)

Deutschland sowohl der NATO als auch der EU angehört, besteht ein großes Interesse an Komplementarität und Schaffung von Synergien. (Bundesregierung 2004: 21) Die Stärkung der europäischen Eigenständigkeit wird von Deutschland als Ergänzung zur NATO verstanden. Eine Schwächung der NATO impliziert dies jedoch nicht. (Chang 2007: 56f) Im Gegensatz hierzu stellt die Stärkung der europäischen Handlungsfähigkeit für Frankreich eine Alternative zur NATO dar. Mit der ESVP soll eine systematische Relativierung des NATO-Einflusses auf europäischer und internationaler Ebene erzielt werden. (Meimeth 2003)

Für Deutschland und Frankreich ist der Wunsch nach Loslösung aus dem amerikanischen Machtgefüge auf internationaler Ebene und innerhalb der NATO aus sehr unterschiedlichen Motiven heraus von Interesse. Deutschland präferiert ein kooperatives Arbeitsverhältnis zwischen gleichberechtigten Partnern. (Chang 2007: 66) Frankreich bevorzugt ein unabhängig entscheidungsfähiges und autonom handlungsfähiges Europa. (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 137) Während Deutschland einen Ausgleich zwischen amerikanischen und französischen Anforderungen anstrebt, (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 114; Sinjen/Varwick 2005: 31) versucht Frankreich europäische Interessen ohne Berücksichtigung amerikanischer Bedürfnisse durchzusetzen. Dabei soll die ESVP Frankreichs und Europas Anspruch auf Weltmachtstatus untermauern und mit konkreten Praktiken ausstatten, die ein Handeln der NATO in gewissen Situationen obsolet machen. (vgl. Lenz 2003: 3)

6.2 Die rechtliche Dimension der ESVP

Neben den politischen Uneinigkeiten im Hinblick auf eine Emanzipierung der EU von den Vereinigten Staaten und der NATO, bestehen auch für den rechtlichen Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhebliche Divergenzen zwischen der *Grande Nation* und der Bundesrepublik.

6.2.1 Der Entscheidungsmodus innerhalb der ESVP

Im Bereich der GASP und ESVP werden Entscheidungen mit Zustimmung aller EU-Mitgliedsstaaten gefällt. Frankreich möchte am bisherigen Einstimmigkeitsprinzip und der damit verbundenen Vetoposition festhalten. Deutschland hingegen setzt sich für

eine Modifizierung des derzeitigen institutionellen Regelwerks ein. Dabei wird argumentiert, dass mit der Einführung von qualifizierten Mehrheitsentscheidungen⁴³ die Effektivität der ESVP stark erhöht werden kann. Da die GASP bisher auf Neutralisierungsmöglichkeiten von Vetopositionen angewiesen ist, entstehen leicht Blockaden, die eine Weiterentwicklung der ESVP bremsen. (vgl. Chang 2007: 126; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 178)

Innerhalb der GASP haben viele Entscheidungen einen direkten oder indirekten Einfluss auf die militärische Dimension der ESVP. In Deutschland findet in solchen Situationen die Mehrheitsregel Anwendung. Der deutsche Bundestag stimmt über Fragen mit militärischem Hintergrund ab. (Lenz 2003: 4, Schild 2003) In Frankreich gelten Außenpolitik und Entscheidungen von verteidigungspolitischer Wichtigkeit als *domaine réservé* des Staatspräsidenten. (Lenz 2003: 4) Hinsichtlich militärischer Belange ist Frankreich somit weitaus weniger an Mehrheitsentscheidungen gewöhnt als Deutschland. Umgekehrt wird die Entscheidungsgewalt des Präsidenten als höchstem Vertreter des Staates stärker gewürdigt als Entscheidungen des Bundestags von der deutschen Bevölkerung mitgetragen werden.⁴⁴

6.2.2 Die Übertragung von Kompetenzen auf die EU

GASP und ESVP sind nach intergouvernementalen Prinzipien gestaltet. Frankreich präferiert ein solches zwischenstaatliches Integrationsmodell im Bereich Sicherheit und Verteidigung (Adam 2007: 168) und opponiert konsequent gegen eine Vergemeinschaftung der GASP (Stahl 2006: 101). Deutschland hingegen möchte die sicherheits- und verteidigungspolitischen Gremien besser mit den Gemeinschaftsinstitutionen der EU verknüpft sehen. (Chang 2007: 124)

Während für Frankreich der Nationalstaat einen wichtigen Referenzpunkt für Identität und Zugehörigkeit darstellt, spielt er in Deutschland eine weitaus weniger wichtige Rolle für das persönliche und gesellschaftliche Bewusstsein. (Gareis/Klein (u.a.) 2004: 107) Der *Grande Nation* fällt es aus diesem Grund erheblich schwerer, Souveränität an einen supranationalen Akteur abzutreten als ihrem deutschen Partner.

⁴³ Die im Vertrag über die Europäische Union festgelegte Anwendungsmöglichkeit der qualifizierten Mehrheit gilt nicht für Beschlüsse mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen, etwa was die Einleitung einer Krisenbewältigungsoperation angeht. (Chang 2007: 95; Dietrich 2006: 485, 488f) Mehrheitsbeschlüsse in der ESVP sind nach derzeitiger Vertragslage ausgeschlossen.

⁴⁴ Der Staatspräsident wird in Frankreich unter anderem als „monarque nucléaire“ bezeichnet, da er die oberste Befehlsinstanz für den Einsatz von Atomwaffen repräsentiert. (Morisse-Schilbach 2006: 67)

(Christadler 2005: 241, Kolboom 2005: 365) Besonders in sensiblen und prestigeträchtigen Feldern wie der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, mit Hilfe deren sich Staaten in Beziehung zum Internationalen System setzen, wird Souveränität als entscheidendes Merkmal von Macht und Eigenständigkeit angesehen. (Gareis 2006: 15) Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik gehören traditionell zu den Bereichen, in denen die Mitgliedstaaten auf die Wahrung ihrer Souveränität besonders achten, weil sie sich vor Machtverlust, schwindendem Einfluss und einer unbefriedigenden Durchsetzung eigener Interessen fürchten. (Blanck 2005: 135, Chang 2007: 60) In Frankreich gelten diese Aspekte als weiterer Grund, warum Souveränität im Bereich der ESVP nicht abgegeben oder geteilt werden möchte. (vgl. Adam 2007: 167; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 110) Da Verteidigungspolitik traditionell als Gebiet französischer Dominanz gilt, (Kolboom/Stark 2005: 370) wird die Einschränkung nationalstaatlicher Souveränität zugunsten der ESVP als Verlust entscheidender Einflusschancen gewertet.⁴⁵ Frankreichs tief verwurzeltes nationalzentralistisches Denken spiegelt sich unverkennbar im Festhalten an nationaler Entscheidungsfreiheit wider. (Schild 2003) In Deutschland hingegen wird großer Wert auf das Prinzip des Föderalismus gelegt. Die Verteilung von Kompetenzen auf Bund und Länder wird nicht als Verlust von Mitspracherechten an eine andere Ebene empfunden. Eine Ausweitung europäischer Befugnisse und Mitspracherechte wird demnach nicht als Einschränkung nationaler Freiheiten interpretiert. Im Gegenteil, Deutschland fordert eine Stärkung der supranationalen europäischen Institutionen wie dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission. (Lenz 2003: 4, Schild 2003) Da das französische Parlament (*Assemblée Nationale*) einen geringeren Stellenwert besitzt als der Deutsche Bundestag⁴⁶, wird von Frankreich eine Stärkung des Europäischen Rates und somit eine Etablierung der Nationalstaaten als oberste Entscheidungsträger innerhalb der EU angestrebt. (Stahl 2006: 64) Die EU-Mitgliedstaaten sollen ihre nationalstaatlichen Kompetenzen nutzen, um die EU im

⁴⁵ Hierbei lässt sich ein Widerspruch erkennen, der für Frankreichs Position in der ESVP sehr charakteristisch ist: Einerseits präsentiert sich Frankreich als sehr ehrgeizig, was ein starkes und unabhängig handlungsfähiges Europa angeht (vgl. Initiierung der ESVP in St. Malo), andererseits übt sich Frankreich in großer Zurückhaltung, wenn es um die Beschneidung nationaler Souveränitätsrechte geht (vgl. Festhalten an Intergouvernementalismus). (Adam 2007: 156f; Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 111)

⁴⁶ Nach französischem Verständnis vertritt der in direkter Wahl bestimmte Staatspräsident die Interessen der französischen Nation. Dieser Sachverhalt wird als präsidentiale Vormachtstellung bezeichnet und steht in großem Gegensatz zur parlamentarischen Tradition in Deutschland. Während in der Bundesrepublik der Wille des Volkes durch die im Parlament vertretenen Parteifractionen repräsentiert wird, dienen politische Parteien in Frankreich „nur“ als Vorbereitung auf ein Regierungsamt. (Morisse-Schilbach 2006: 66ff)

Rahmen der ESVP international handlungsfähig zu machen. Eine partielle oder vollständige Abgabe von Souveränität wird hierfür nicht als vorteilhaft angesehen. (vgl. Müller-Brandeck-Boquet 2004: 178)

Deutschland und Frankreich nehmen in der Diskussion über die institutionelle Ausrichtung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nur schwerlich vereinbare Positionen ein. Das von den deutschen Regierenden verfolgte Ziel einer weitreichenden politischen und institutionellen Integration innerhalb der Europäischen Union wird durch die großen Vorbehalte der französischen Eliten bezüglich einer Vergemeinschaftung der außen- und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit gebremst. Die von Frankreich präferierte 3-Pfeiler-Konstruktion der Europäischen Union wird von Deutschland in Frage gestellt, wenn es darum geht, die EU als Gemeinschaftsinstitution der europäischen Staatenwelt zu etablieren. (vgl. Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 107) Verschiedenste Ideen zugunsten einer Vergemeinschaftung der GASP sowie einzelne Vorstöße in Richtung einer partiell supranational organisierten ESVP werden von Deutschland begrüßt. (Adam 2007: 158, 167; Chang 2007: 56f) Frankreich hält am intergouvernementalen Ansatz der GASP und ESVP uneingeschränkt fest und konnte sich damit bisher erfolgreich durchsetzen⁴⁷.

6.3 Die charakterliche Dimension der ESVP

Wenn Deutschland und Frankreich hinsichtlich der politischen und rechtlichen Dimension der ESVP keine gemeinsame Linie vertreten, so ist das auch hinsichtlich des Charakters der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Fall.

Im Einzelnen bedeutet dies, dass Deutschland eher die zivile Komponente der ESVP stärken möchte, während Frankreich eher auf einen Ausbau der militärischen Aspekte zielt. Wie bereits in der nationalen Sicherheitspolitik, legt Berlin auch auf europäischer Ebene einen deutlichen Akzent auf Instrumente der Konfliktprävention und des zivilen Konfliktmanagements. (Kielmansegg 2005: 97, Koopmann/Stark 2004: 42) Deutschland setzt sich nachdrücklich für eine Professionalisierung des zivilen Krisenmanagements und eine Verstärkung von EU-Kapazitäten auf diesem Gebiet ein. (Bundesregierung 2004: 16) Paris bekennt sich zwar im Grundsatz ebenfalls zu einer

⁴⁷ In allen Vertragswerken der Europäischen Union war und ist die sicherheits- und verteidigungspolitische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten durch das Prinzip der Intergouvernementalität gekennzeichnet. Auch der abgelehnte EU-Verfassungsvertrag hielt am intergouvernementalen Charakter von GASP und ESVP fest. (Dietrich 2006: 484)

europäischen Politik der Prävention, allerdings ist der Gebrauch militärischer Mittel - etwa zur Aufklärung - hierfür durchaus erwünscht und vorgesehen. (Koopmann/Stark 2004: 42) Militärische Einsätze als Instrument europäischer Sicherheitspolitik finden bei der politischen Elite Frankreichs allgemeine Zustimmung. (Stahl 2006: 98)

Im Verfassungskonvent sowie im EU-Verfassungsvertrag fanden Deutschlands Anliegen hinsichtlich der Charakteristika der ESVP große Resonanz. Die explizite Erwähnung von Maßnahmen der Krisenvorsorge und -nachsorge unterstreicht die Bedeutung von ziviler Konfliktprävention und Krisenbewältigung für die Zukunft der ESVP. (Bundesregierung 2004: 30, Dietrich 2006: 486) Frankreich befürwortet die zivile Orientierung der ESVP zwar weitestgehend, sieht jedoch im Hinzufügen einer militärischen Perspektive eine unumgängliche Maßnahme, um die Europäische Union als Weltmacht und Wertegemeinschaft auf internationaler Ebene zu Erfolg zu verhelfen. Paris setzt sich stark dafür ein, eine Verteidigung europäischer Interessen und Werte notfalls mit militärischer Gewalt verteidigen zu können. (Müller-Brandeck-Bocquet 2004: 203)

Beide Positionen - Deutschlands Beharren auf einer zivil orientierten ESVP sowie Frankreichs Drängen auf eine um starke militärische Kapazitäten ergänzte ESVP - können nur insofern miteinander vereinbart werden, als dass eine Kompromisslösung gefunden werden muss, die beispielsweise den zivilen Aspekt zur Regel und den militärischen Aspekt zur Ausnahme der ESVP erklärt.

6.4 Die geographische Dimension der ESVP

Neben den politischen, rechtlichen sowie charakterlichen Divergenzen, die das deutsch-französische Verhältnis im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik kennzeichnen, lassen sich auch unterschiedliche Schwerpunkte in der geographischen und somit strategischen Orientierung der ESVP erkennen: Deutschland ist auf eine europäische Ostpolitik fokussiert; (Gareis 2006: 116) Frankreich konzentriert sich auf eine europäische Mittelmeerpolitik. (Stahl 2006: 88)

Beide Länder verschieben ihre nationalen Präferenzen auf EU-Ebene und versuchen von der Unterstützung anderer Mitgliedstaaten zu profitieren. Für Berlin ist es traditionell entscheidend, gute nachbarschaftliche Beziehungen und Kooperationen zu den osteuropäischen Staaten zu pflegen. Da Deutschland durch die Osterweiterung in den geographischen Mittelpunkt der EU gerückt ist und viele ehemals unter deutscher

Besatzung stehende Staaten - etwa das bevölkerungsreiche und durch den Holocaust einst schwer verwundete Polen - heute europäische Werte teilen, ist eine politische und wirtschaftliche Ausrichtung auf die direkten Nachbarn im östlichen Europa von großem Interesse für die deutsche Europapolitik. Die Tatsache, dass keine der großen europäischen Führungsnationen in Europa mehr Nachbarn als Deutschland hat - wovon einige als Transformationsstaaten in den europäischen Integrationsprozess eingetreten sind und sich heute als stabile Wirtschaftsmächte sowie konsolidierte politische Partner präsentieren - macht Berlin zu einem wichtigen Orientierungspunkt und Ansprechpartner der vergleichsweise jungen EU-Mitglieder im Osten Europas. Viele dieser politischen Eliten richten ihre Erwartungen zuerst an Deutschland, bevor sie sich an Frankreich wenden. (Woyke 2000: 74f)

Deutschlands Führungsposition in der europäischen Ostpolitik ergibt sich wie bereits angedeutet aus verschiedenen Gründen und Interessen. Zunächst lässt sich das historisch bedingte Verantwortungsgefühl der Deutschen anführen, welches in Bezug auf die Existenz deutscher Minderheiten in vielen osteuropäischen Staaten noch immer von aktueller Bedeutung (Woyke 2000: 75) und mit dem Wunsch nach einer Wiedergutmachung der mit dem Zweiten Weltkrieg einhergehenden Teilung Europas verbunden ist. (Gareis 2006: 115f) Darüber hinaus kann die territoriale Nähe Deutschlands zu seinen östlichen EU-Staaten genannt werden. Sie birgt ein unmittelbares Interesse am Erfolg des Reformprozesses sowie an einer Erweiterung des europäischen Stabilitätsraumes im Osten Europas, da gegenläufige Entwicklungen zu negativen Konsequenzen, beispielsweise Arbeitsmigration oder grenzüberschreitender Kriminalität, führen könnten. (Gareis 2006: 115f; Woyke 2000: 74f) Schließlich führt Deutschlands zentrale Position im Herzen Europas dazu, dass Berlin eine Brückenfunktion bei der Zusammenführung von etablierten und neuen EU-Mitgliedern zuteil wird. (Fritsch 2006: 17; Gareis 2006: 115)

Frankreich ist im Gegensatz zu Deutschland sehr an engen Beziehungen zu den nicht-europäischen Staaten im nördlichen Afrika gelegen. Bereits in den 1990er Jahren versuchte Paris verstärkt, seine nationalstaatlichen Ambitionen im Maghreb (Marokko, Algerien, Tunesien) sowie seine traditionell guten Beziehungen zur arabischen Welt (Meimeth 2003) in europäische Initiativen zu integrieren. Die französische Mittelmeerpolitik mündete schließlich im europäischen Barcelona-Prozess⁴⁸, welcher

⁴⁸ Der 1995 eingeleitete Barcelona-Prozess stellt den institutionellen Rahmen für die Mittelmeerpolitik der EU dar. Ziel dieser Euromediterranen Partnerschaft sind Frieden, Stabilität und Wohlstand, welche

zur Stabilisierung der krisenanfälligen Region beitragen soll. (Stahl 2006: 88) Mit der Einführung der Euromediterranen Partnerschaft konnte Frankreich seinem Anspruch auf eine aktiv von der EU geförderte Mittelmeerpolitik entscheidenden Nachdruck verleihen. (Kolboom/Stark 2005: 373f)

Frankreichs Führungsposition in der europäischen Mittelmeerpolitik resultiert aus unterschiedlichen Motiven. Zunächst hegt Paris starke politische, ökonomische und kulturelle Interessen im Maghreb und subsaharischen Afrika. (Kolboom/Stark 2005: 366) Diese ehemals von Frankreich beherrschten Gebiete stellen nicht nur ein Forum französischer Weltpolitik⁴⁹ dar, sie werden als direkte Nachbarn der EU auch in der Europapolitik als wichtige Stabilitätsfaktoren eingeschätzt. (Kolboom/Stark 2005: 376f) Darüber hinaus können Frankreichs Bemühungen um eine europäisierte Mittelmeerpolitik als Weiterführung der bereits im internationalen Netzwerk der Frankophonie⁵⁰ angelegten strategischen Präsenz auf dem afrikanischen Kontinent betrachtet werden. (Kolboom/Stark 2005: 366) Die Aufrechterhaltung und Vertiefung französischer und europäischer Wertvorstellungen sind für Frankreich von empfindsamer Bedeutung, da sie dazu beitragen, das französische Sprach- und Kulturgut im Ausland abzusichern. (vgl. Kolboom/Stark: 2005: 367)

Eine aus 27 Mitgliedern bestehende Europäische Union kann nicht den Anspruch erheben, zu jeder Zeit im vollkommenen Interesse beziehungsweise Konsens aller Staaten entscheiden und handeln zu können. Aufgrund vielfältiger politischer und kultureller Traditionen erscheint ein Kompromiss, der den Bedürfnissen aller Mitgliedstaaten größtmöglich gerecht zu werden versucht, als beste Lösung. Einige Projekte - etwa die Europäische Nachbarschaftspolitik, welche sich aus der von Frankreich initiierten Mittelmeerpartnerschaft entwickelte - wurden bereits implementiert. Und auch im Bereich der geographischen Orientierung sowie der charakterlichen Positionierung der ESVP bestünde die Chance einer Annäherung

durch eine intensive Zusammenarbeit der Staaten auf beiden Seiten des Mittelmeers erreicht werden soll. (Watzal, Ludwig 2005; Bundeszentrale für politische Bildung; URL: <http://www2.bpb.de/publikationen/E8KHUR,0,Editorial.html> (Stand: 2.9.09))

⁴⁹ Frankreichs Interesse an Afrika kann u.a. daran fest gemacht werden, dass Afrikapolitik traditionell als eine dem Staatspräsidenten vorbehaltene Aufgabe (*Domaine réservé*) gilt oder dass Frankreich sich in ehemaligen Kolonien militärisch stark engagiert. (Kolboom/Stark 2005: 377)

⁵⁰ Wichtige multilaterale französisch-afrikanische Kooperationen und Institutionen der Frankophonie sind die franko-afrikanischen Gipfeltreffen (seit 1976), der *Haut Conseil de la Francophonie* (seit 1985) und die *Organisation Internationale de la Francophonie* (OIF, seit 1996, Nachfolgeinstitution der Frankophonie-Gipfel (1986-96)). (Kolboom/Stark 2005: 376)

zwischen deutschen und französischen Interessen. Zwar müssten Berlin und Paris gleichermaßen von ihren nationalen Präferenzen abrücken und sich um eine europäische Lösung bemühen, aber dennoch könnten die unterschiedlichen geographischen und charakterlichen Interessen miteinander kombiniert werden. Als äußerst schwierig in Einklang zu bringen, erweisen sich jedoch die politische und rechtliche Dimension der ESVP. Sie konstituieren einen wichtigen Teil des institutionellen Rahmenwerks der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und sind von solch gegensätzlicher Natur, dass eine Lösung nur zugunsten einer Position gefunden werden kann: EU als Partner *oder* Konkurrent zu den USA und zur NATO; Einstimmigkeitsprinzip *oder* Mehrheitsentscheidung in Sicherheits- und Verteidigungsfragen; intergouvernementales *oder* supranationales Regieren auf europäischer Ebene.

In entscheidenden Fragen zu Sicherheit und Verteidigung in Europa vertreten Deutschland und Frankreich sehr unterschiedliche Positionen. Im Prozess der europäischen Meinungsbildung können sich beide Länder nicht länger gegenseitig bestärken und europäische Projekte in eine Richtung hin forcieren. Dies mag langfristig zu einer Verlangsamung oder sogar zum Stillstand der ESVP führen. Ein Ausweg aus dieser Situation scheint nur durch Zugeständnisse und eine hohe Kompromissbereitschaft möglich zu sein. In äußerst sensiblen Politikbereichen wie der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird es für die jeweiligen Nationalstaaten jedoch generell sehr schwierig werden, Einschränkungen ihrer vitalen Interessen hinzunehmen.

Schlussbetrachtung

Das letzte Kapitel der vorliegenden Abschlussarbeit sieht eine kurze Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse vor. Dies dient als Vorbereitung für eine umfassende Beantwortung der eingangs gestellten Frage nach den Interessen und der Motorfunktion des deutsch-französischen Tandems. Dabei soll ein neues Bild der deutsch-französischen Beziehungen in Belangen europäischer Sicherheit und Verteidigung geprägt werden. Mit einem Ausblick auf die Entwicklung der ESVP im Rahmen der Europäischen Union und ihrer Mitglieder wird diese Bachelorarbeit schließen.

Deutschland und Frankreich haben bereits sehr bald nach Ende des Zweiten Weltkrieges mit großem Engagement das Projekt der Europäischen Union vorangetrieben. Beide

Staaten konnten nach einigen gelungenen Initiativen sowie nennenswerten Fortschritten bei der Entwicklung und Ausgestaltung des europäischen Wirtschaftsraumes als Motor der EU-Integration bezeichnet werden. Bei der Implementierung politischer Ideen sowie der Umsetzung außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Initiativen musste jedoch zunächst der starke Einfluss Washingtons berücksichtigt werden, bis mit dem Gipfel von St. Malo die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in die Wege geleitet werden konnte. Obgleich sich Berlin und Paris nicht immer einig waren, ist der Status quo der ESVP zu einem Großteil den Anstrengungen und der Zusammenarbeit des deutsch-französischen Tandems zu verdanken. Zahlreiche Verhandlungen zur Weiterentwicklung der ESVP, verschiedenste Einsätze als Beweis der zivilen Handlungsfähigkeit der EU sowie ein gemeinsames Auftreten während schwerer Krisen der Europäischen Union lassen Deutschland und Frankreich auch im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik die Rolle eines Integrationsmotors einnehmen. Doch trotz vieler Erfolge sind auch Schwächen in der Zusammenarbeit zu erkennen. Wichtige Rahmenbedingungen einer vollständig etablierten und europäisierten Sicherheits- und Verteidigungspolitik konnten bisher nicht erfüllt werden, da sich Deutschland und Frankreich in entscheidenden Aspekten erheblich voneinander unterscheiden. So sind die rechtlichen, politischen, charakterlichen und geographischen Vorstellungen beider Staaten durch andersartige nationale Traditionen, Wertvorstellungen und Selbstwahrnehmungen geprägt. Diese historisch gewachsenen und über Jahrzehnte verfestigten nationalen Eigenheiten lassen die Verwirklichung des europäischen Gemeinschaftsprojekts „ESVP“ zu einem schwierigen Unterfangen werden. Denn obgleich sich die Zielvorstellungen Deutschlands und Frankreichs überschneiden und im operativen Bereich ein hohes Maß an Zusammenarbeit erreicht wird, bestehen hinsichtlich der institutionellen Basis große Differenzen.

Welche Interessen verfolgen Deutschland und Frankreich nun bei der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und inwiefern können hierbei unterschiedliche Vorstellungen die deutsch-französische Rolle als Motor der ESVP bremsen?

Berlin und Paris verfolgen ein gemeinsames Interesse an der Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die bestehenden Regelungen zur ESVP beruhen zu großen Teilen auf den gemeinsamen Vorschlägen Deutschlands und

Frankreichs. Beide Länder konnten während europäischer Gipfeltreffen ihre Positionen erfolgreich in die Entscheidungsfindung einfließen lassen und somit eine Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach deutsch-französischem Muster schaffen.

Deutschland und Frankreich verfolgen jedoch sehr unterschiedliche Interessen was die ideellen Rahmenbedingungen der ESVP angeht. Die vertraglichen Regelungen zur ESVP wurden von der GASP übernommen. Außer während des europäischen Verfassungskonvents fand kein Dialog zur künftigen strukturellen Verankerung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik statt. Die bestehenden Grundsätze der ESVP wurden demnach zwar offiziell diskutiert allerdings keinen systematischen Modifikationen unterzogen.

Hinsichtlich der bisherigen Entwicklung der ESVP und ihrer praktischen Umsetzung können Berlin und Paris zweifelsohne als Integrationsmotor begriffen werden. Nach etlichen Bemühungen für eine auf europäischer Ebene angesiedelte Sicherheits- und Verteidigungspolitik haben sie sich auch zum Motor der ESVP entwickelt. Das bedeutet, dass Deutschland und Frankreich bei der praktischen Implementierung sowie der Integration der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik in das Regelwerk der EU eine Schlüsselfunktion eingenommen haben.

Was die Weiterentwicklung der ESVP und ihre konzeptionelle Orientierung betrifft, muss jedoch mit dem Bild des Integrationsmotors gebrochen werden. Ähnlich schnelle Fortschritte wie sie von 1998 bis heute erzielt wurden, werden in Zukunft kaum möglich sein, da die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eines gefestigten institutionellen Rahmens bedarf, um weiter wachsen und sich auf europäischer sowie internationaler Ebene als EU-Standard in Sicherheits- und Verteidigungsfragen beweisen zu können.

In diesem Zusammenhang greift nun das Bild eines Fahrzeugs. Ein Auto benötigt für das Zurücklegen eines Weges eine stabile Karosserie, die den Rahmen des Fahrzeugs bildet, einen funktionierenden Motor, der aus Treibstoff Energie erzeugt, sowie vier Räder, welche Energie in Bewegung umsetzen. Genauso verhält es sich mit der ESVP. Sie benötigt für eine langfristige Weiterentwicklung einen kohärenten ideellen Rahmen als Orientierungsbasis, Führungspersönlichkeiten zur Initiierung neuer Projekte sowie geeignete Programme und motivierte Mitstreiter zur Durchsetzung angestrebter Ziele. Wenn nun Deutschland und Frankreich als Motor der ESVP gelten, muss angemerkt werden, dass ein Motor für sich allein zwar Leistung erbringen kann,

für den Antrieb eines Fahrzeugs jedoch in ein Rahmenwerk integriert sein muss. Erst mit Hilfe einer Karosserie, vier Rädern und etlichen weiteren Teilen kann ein Motor einen Nutzen stiften. Gleiches gilt für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Berlin und Paris können die ESVP auf Dauer nur dann erfolgreich vorantreiben, wenn sie innerhalb eines kohärenten institutionellen Rahmens agieren. Das bedeutet, selbst wenn das deutsch-französische Tandem bisher zahlreiche Initiativen auf den Weg gebracht hat, müssen die konzeptionellen Rahmenbedingungen geklärt sein, damit beide Staaten auch in Zukunft als Integrationsmotor die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik forcieren können.

Da die politischen Traditionen in Deutschland und Frankreich jedoch in erheblichem Maße divergieren, werden beide Länder langfristig gesehen in einen Interessenkonflikt über die institutionelle Verankerung der ESVP geraten. Uneinheitliche Präferenzen und Erwartungen werden sich als Stolpersteine für die Entwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik erweisen.

Um fortbestehende Differenzen zu reduzieren und die Gefahr von künftigen Hemmnissen zu minimieren, müssen Berlin und Paris eine gemeinsame europäische Linie in Sicherheits- und Verteidigungsfragen finden. Das bedeutet, dass sich Deutschland und Frankreich fortan an genuin europäischen, nicht nationalstaatlichen Denkmustern orientieren müssen, um einer Stagnation der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik entgegen zu wirken. Ein Strategiedialog über das ideelle Fundament der ESVP würde in diesem Zusammenhang sicherlich helfen, eine Annäherung der jeweiligen Europakonzeptionen herbeizuführen.

Für eine finale Formulierung der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsstrukturen wird jedoch die Einbeziehung weiterer EU-Partner unumgänglich. Denn obgleich Deutschland und Frankreich als entscheidende Wegbereiter der ESVP immer von großer Bedeutung für den Erfolg dieses europäischen Projekts sein werden, scheinen wichtige Fortschritte in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht mehr allein durch das deutsch-französische Tandem erzielt werden zu können. Vielmehr werden die Meinung und das Interesse weiterer EU-Mitglieder - zum Beispiel des transatlantisch orientierten Großbritanniens, das bei der Entstehung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine Schlüsselrolle einnahm - von zunehmender Bedeutung für die Entwicklung der ESVP werden. Darüber hinaus sind die mit dem Regierungswechsel in den USA einhergehenden Veränderungen der

amerikanischen Europa- und Weltpolitik sowie die NATO-Reformbestrebungen in Bezug auf neue globale Bedrohungspotentiale und Konfliktsituationen für eine institutionelle Konsolidierung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu berücksichtigen. Auch die Entwicklung der Europäischen Union als Ganzes muss im Zuge großer Krisen – wie beispielsweise den zahlreichen Renationalisierungsbestrebungen während des letzten Irakkriegs, den etlichen Rückzuehern bei der Ratifizierung des EU-Verfassungsvertrags sowie den vielen auf nationalstaatlicher Ebene vollzogenen Reformen infolge der derzeitigen weltwirtschaftlichen Misere – beachtet werden. An ihr lassen sich Motivation und Bereitschaft für einen institutionellen Ausbau der ESVP ablesen.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird für die Mitglieder der Europäischen Union eine ungleich größere Herausforderung darstellen als dies bisher der Fall war. Bis zur erfolgreichen Zusammenführung von 27 äußerst unterschiedlichen sicherheitspolitischen Traditionen, Identitäten und Interessen sowie der Konstituierung eines rein europäischen Denkens in Sicherheits- und Verteidigungsfragen werden unter den heutigen Veränderungen der weltpolitischen Rahmenbedingungen noch viele Anstrengungen von Nöten sein. Und auch wenn ein Großteil der EU-Staaten zunächst noch erkennen muss, welche Chance die ESVP für den Durchbruch der Europäischen Union in Fragen europäischer und internationaler Sicherheit und Stabilität birgt, besitzt die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik bereits heute das Potential, zur Lösung neuer sicherheits- und verteidigungspolitischer Probleme effektiv beitragen zu können und sich als neue multilaterale Institution auf internationaler Ebene zu etablieren. Die Ausschöpfung dieses Potentials sollte als oberste Priorität in die Überlegungen Deutschlands, Frankreichs und der gesamten Europäischen Union zur Weiterentwicklung der ESVP miteinfließen.

Literaturverzeichnis

Adam, Silke 2007

Symbolische Netzwerke in Europa. Der Einfluss der nationalen Ebene auf europäische Öffentlichkeit. Deutschland und Frankreich im Vergleich.

Köln: Herbert von Halem Verlag

Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009 a)

Deutschland und Frankreich im Dienste Europas.

URL:<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Deutschland-und-Frankreich-im,1378.html> (Stand: 10.2.09)

Berlin/Paris: Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères

Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères 2009 b)

Erklärung von Robert Schuman (9. Mai 1950).

URL:<http://www.deutschland-frankreich.diplo.de/Erklärung-von-Robert-Schuman-9-Mai,359.html> (Stand: 10.2.09)

Berlin/Paris: Auswärtiges Amt/Ministère des Affaires étrangères

Blanck, Kathrin 2005

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der europäischen Sicherheitsarchitektur.

Wien: Springer-Verlag

Brok, Elmar 2002

Europäische Verteidigungspolitik.

In: Auf dem Weg zur europäischen Verteidigung. Gemeinsam sind wir sicher;

Wogau, Karl von (Hrsg.); 2003; Freiburg (Breisgau): Herder Verlag

Bundesregierung 2004

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Berlin: Bundesministerium der Verteidigung, Auswärtiges Amt

Chang, Chia-Pin 2007

ESVP – Kernanliegen der Bundesrepublik Deutschland? Die Präferenzen, Positionen und Politiken unter der rot-grünen Bundesregierung in der GASP/ESVP der Europäischen Union.

Frankfurt (a.M.): Peter Lang Verlag

Christadler, Marieluise 2005

Frankreichs politische Kultur auf dem Prüfstand.

In: Länderbericht Frankreich. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft;
Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hrsg.); Bonn: Bundeszentrale für Politische
Bildung; S. 231-246.

Dietrich, Sascha 2006

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Fritsch, Helmut 2006

ESDP and German Contributions. Back on earth?
Kingston (Ontario): Centre for International Relations, Queen's University

Gareis, Sven Bernhard 2006

Deutschlands Außen- und Sicherheitspolitik.
2. Auflage
Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich

Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul 2003

Europas Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Einstellungen und Meinungen in
der deutschen Bevölkerung.
Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Gareis, Sven Bernhard/Klein, Paul (u.a.) 2004

Europe's Common Security. Attitudes and Opinions in France, Germany and
Italy.
Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr

Grosser, Alfred 2005

Wie anders ist Frankreich?
2. Auflage
München: C.H. Beck Verlag

Kielmansegg, Sebastian Graf von 2005

Die Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Eine rechtliche Analyse.
Stuttgart: Richard Boorberg Verlag

Kleine, Maxim 2005

Die militärische Komponente der Europäischen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik. Eine Untersuchung aus europarechtlicher und
verfassungsrechtlicher Perspektive.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Kolboom, Ingo/Stark, Hans 2005

Frankreich in der Welt. Weltpolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit.
In: Länderbericht Frankreich. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft;
Kimmel, Adolf/Uterwedde, Henrik (Hrsg.); Bonn: Bundeszentrale für Politische
Bildung; S. 365-383.

Koopmann, Martin 2004

Notwendige Fortschritte, verpasste Chancen: die ESVP im Verfassungsentwurf
des Europäischen Konvents.

In: Ehrhardt, Hans-Georg/Schmitt, Burkard (Hrsg.); Die Sicherheitspolitik der
EU im Werden. Bedrohungen, Aktivitäten, Fähigkeiten; Baden-Baden: Nomos
Verlagsgesellschaft; S. 78-90.

Koopmann, Martin/Stark, Hans 2004

La France, l'Allemagne et l'Europe. Perspectives (2). Quel avenir? Relations
franco-allemandes et PESD.

Paris: Institut français des relations internationales

Krause, Joachim 2005

Deutsche Sicherheitspolitik im Spannungsfeld zwischen transatlantischer und
eurogaullistischer Orientierung.

In: Deutsche Sicherheitspolitik. Rückblick, Bilanz und Perspektiven; Meier-
Walser, Reinhard C. (Hrsg.); München: Hanns-Seidel-Stiftung; S. 38-48.

Lenz, Carl Otto 2003

Das deutsch-französische Verhältnis und sein Einfluss auf die Europäische
Union.

ZERP-Diskussionspapier 2/2003

Bremen: Universität Bremen, Zentrum für Europäische Rechtspolitik

Litten, Johanna 2005

Beitrag der Westeuropäischen Union (WEU) zur Europäischen Sicherheits- und
Verteidigungspolitik (ESVP). Eine rechtspolitische Untersuchung.

Aachen: Shaker Verlag

Maurer, Andreas 2006

Die Ratifikationsverfahren zum EU-Verfassungsvertrag. Wege aus der Krise II.

URL:http://www.swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=1838

(Stand: 13.2.09)

Berlin: Stiftung für Wissenschaft und Politik (swp), Forschungsgruppe EU-Integration

Meimeth, Michael 2003

Deutsche und französische Perspektiven einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Offene Fragen und verdeckte Widersprüche.

APuZ B03-04/2003.

URL:http://www.bpb.de/publikationen/AC5U03,0,0,Deutsche_und_franz%F6sische_Perspektiven_einer_Gemeinsamen_Europ%E4ischen_Sicherheits_und_Verteidigungspolitik.html (Stand: 30.1.09)

Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung

Meyer, Christoph O. 2006

The Quest for a European Strategic Culture. Changing Norms on Security and Defence in the European Union.

Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan

Morisse-Schilbach, Melanie 2006

Diplomatie und europäische Außenpolitik. Europäisierungseffekte im Kontext von Intergovernmentalismus am Beispiel von Frankreich und Großbritannien.

Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft

Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela 2004

Frankreichs Europapolitik.

Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Nünlist, Christian 2006

„Der traumatischste Moment für die NATO“.

URL:http://www.css.ethz.ch/mediadesk/Archiv/PDF_Articles_2006/Artikel_Nu_nlist_ZseeZ_20-02-2006.pdf (Stand: 06.2.09)

Zürich: ETH Zürich, Forschungsstelle Sicherheitspolitik

Olshausen, Klaus 2005

Kooperation oder Wettbewerb? Die strategische Partnerschaft von NATO und EU.

In: Deutsche Sicherheitspolitik. Rückblick, Bilanz und Perspektiven; Meier-Walser, Reinhard C. (Hrsg.); München: Hanns-Seidel-Stiftung; S. 19-28.

Rinke, Bernhard 2006

- Die beiden großen deutschen Volksparteien und das „Friedensprojekt Europa“:
Weltmach, Zivilmacht, Friedensmacht?
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Roger, Philippe 2005
The American Enemy. A story of French Anti-Americanism.
(Französische Originalausgabe von 2002)
Chicago: The University of Chicago Press
- Schild, Joachim 2003
Europäisierung nationaler politischer Identitäten in Deutschland und Frankreich.
Politische Eliten, Parteien, Bürger.
APuZ B 03-04/2003.
URL:http://www.bpb.de/publikationen/4YD136,0,0,Europ%E4isierung_national_er_politischer_Identit%E4ten_in_Deutschland_und_Frankreich.html (Stand:
30.1.09)
Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung
- Schmidt, Manfred G. 2004
Wörterbuch zur Politik.
Stuttgart: Alfred Kröner Verlag
- Seidendorf, Stefan 2007
Europäisierung nationaler Identitätsdiskurse? Ein Vergleich französischer und
deutscher Printmedien.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
- Sinjen, Svenja/Varwick, Johannes 2005
Deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Spannungsfeld von NATO
und ESVP.
In: Deutsche Sicherheitspolitik. Rückblick, Bilanz und Perspektiven; Meier-
Walser, Reinhard C. (Hrsg.); München: Hanns-Seidel-Stiftung; S. 29-36.
- Stahl, Bernhard 2006
Frankreichs Identität und außenpolitische Krisen. Verhalten und Diskurse im
Kosovo-Krieg und der Uruguay-Runde des GATT.
Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft
Berlin: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
- Thadden, Rudolf von 2003
Brückenwege nach Europa.

Berlin: Schelzky & Jeep Verlag

Wassmund, Hans 2003

Europa als Supermacht? Gegengewicht, Partner oder Rivale der USA?

In: Harth, Thilo/Schild, Joachim; Nationalstaaten in der EU – Identität und Handlungsmöglichkeiten. Eine deutsch-französische Zukunftswerkstatt für die politische Bildung; Opladen: Leske + Budrich; S. 95-109.

Weinlein, Alexander 2006

Viel Ärger um einen leeren Stuhl.

URL:<http://www.das-parlament.de/2006/04/Kehrseite/002.html> (Stand:10.2.09)

Das Parlament, Nr. 04 / 23.01.2006

Berlin: Deutscher Bundestag/Bundeszentrale für politische Bildung

Woyke, Wichard 2000

Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder Fuß.

Opladen: Leske + Budrich

Erklärung

nach § 6 Absatz 4 des Allgemeinen Teils
der Bachelor-Prüfungsordnung der Universität Bremen

Ich erkläre, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig verfasst und nur die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Wörtlich oder dem Sinn nach aus anderen Werken entnommene Stellen sind nach Angabe der Quellen kenntlich gemacht.

Friedrichshafen, 8. September 2009